

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Strawe **3** "Eine andere Welt ist möglich" –
Der Weltsozialgipfel in Porto Alegre
- Werner Onken **12** Wirtschaft und Menschenrechte –
40 Jahre amnesty international
- Christian Böttcher **23** Fundamentalismus und politisches
Handeln
- 30** Bücher - Veranstaltungen
- 41** 32. Mündener Gespräche
in Mariaspring bei Göttingen

Liebe Leserin und lieber Leser,

kürzlich fand in Rom der Welternährungsgipfel der UN statt. Er zeigte, dass das 1996 beschlossene Ziel – die Zahl von weltweit 800 Millionen unterernährten Menschen bis zum Jahr 2015 zu halbieren – nicht mehr erreichbar sein wird. Staatschefs aus Afrika, Lateinamerika und Asien sowie mehr als 700 Nichtregierungsorganisationen hielten den Regierungen der reichen Industrieländer vor, den Aufbau einer produktiven Landwirtschaft in den Drittweltländern mit hohen Subventionen für die eigene Landwirtschaft sowie mit Zollschränken zu behindern. Ganze zwei (!) westliche Spitzenpolitiker haben am Welternährungsgipfel in Rom teilgenommen. (FAZ vom 11. Juni 2002)

70% aller Unterernährten leben auf dem Land. Um ihre Zahl bis 2015 zu halbieren, wären nach Schätzungen der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO jährlich rund 7,5 Mrd. Dollar für land- und forstwirtschaftliche Investitionen in Afrika, Lateinamerika und Asien erforderlich. Im gleichen Umfang müsste in die Infrastrukturen kleinbäuerlicher Regionen investiert werden. Das sind geringe Beträge im Vergleich zu den weltweiten Rüstungsausgaben – 2001 waren es nach Auskunft des Internationalen Konversionszentrums in Bonn annähernd 840 Mrd. Dollar (www.bicc.de). Größtenteils werden sie von den reichen Industrieländern und Russland ausgegeben, aber auch von Eliten im Süden. So glaubt zum Beispiel Indien mit seinen 225 Mio. Unterernährten, teure Atomwaffenarsenale zu brauchen.

Seit einigen Jahren setzt sich die Einsicht durch, dass Menschenrechte nicht nur durch die brutale Gewalt totalitärer Herrscher verletzt werden, sondern auch durch Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheiten und fehlende Bildung. In Argentinien zum Beispiel lebt bei einer Arbeitslosigkeit von 25% inzwischen mehr als die Hälfte aller Menschen unterhalb der Armutsgrenze. (Zeit Nr. 28/2002, S. 19) Die Menschenrechtsorganisation "amnesty international", die im letzten Jahr 40 Jahre alt wurde, hat in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Entwick-

lung vollzogen, die sich es zu vergegenwärtigen gilt – auch um zu sehen, in welcher Richtung ihre Fortsetzung wünschenswert wäre.

Mittlerweile können Kritiker der Globalisierung nicht mehr als Phantasten oder gar Randalierer abgetan werden. Ihr organisatorisches Sammelbecken "Attac" hat mehr als 80.000 Mitglieder in 30 Ländern der Erde, davon allein in Deutschland 8.000 in rund 80 Regionalgruppen. Noch vor einem Jahr wies Bundesbankpräsident Weltecke die von "Attac" geforderte Devisenumsatzsteuer "Tobin-Tax" als ein "vermeintliches Wundermittel" weit von sich. (Financial Times Deutschland vom 27. Sept. 2001) Jetzt reichen die Äußerungen der FAZ in Berichten über die "Attac"-Sommerakademie in Marburg immerhin von "unscharfes Programm" bis "gewiss denkbar, aber kein Allheilmittel". (31. Juli und 1. August 2002)

Sind denn die Konzepte der Globalisierungsbefürworter eigentlich schärfer konturiert? Selbst Fachleute wie der frühere Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich Alexandre Lamfalussy oder der Ökonomie-Nobelpreispreisträger Joseph Stiglitz fürchten die Stabilitätsrisiken der internationalen Finanzmärkte. Bilanzfälschungen und Korruption in abenteuerlichem Umfang sowie Konzernpleiten schaffen zusätzliche Unsicherheit. Warum sollte es also nicht möglich sein, sich unvoreingenommen Gedanken über die Möglichkeiten und Grenzen der "Tobin-Tax" zu machen und sich überhaupt eingehend über die inhaltliche Bandbreite der Globalisierungskritik zu informieren? Auf dem Weltsozialgipfel in Porto Alegre hat sie sich in einer eindrucksvollen und zugleich lehrreichen Weise artikuliert. Auch wenn wir uns aus der Sicht einer Geld- und Bodenrechtsreform mehr wünschen als 'nur' eine "Tobin-Tax" oder einen Schuldenerlass für die Ärmsten der Welt, so lässt sich nicht von der Hand weisen, dass jedes größere Ziel nur in kleinen Schritten erreichbar ist – und auch das nur in Begleitung von Kooperationspartner/innen, die Teilstücke des ganzen Weges mitgehen.

Ihr Werner Onken

Auszüge aus dem Sozialmanifest von Porto Alegre

"Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft. ...

Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen stehen in Opposition zu einem Prozess der Globalisierung, der von oben gesteuert wird von den großen multinationalen Konzernen und von den Regierungen und internationalen Institutionen, die den Interessen jener Konzerne zu Diensten sind, unter der Mittäterschaft nationaler Regierungen. Diese Alternativen sind so gestaltet, dass eine Globalisierung in Solidarität als vorherrschendes neues Stadium in der Weltgeschichte sichergestellt wird. Dieses wird die allgemeinen Menschenrechte respektieren, die Rechte aller Bürger – Männer und Frauen – aller Nationen, die Umwelt, und sie wird gestützt sein auf demokratische, internationale Systeme und Institutionen im Dienste sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und der Bestimmung der Völker über ihre eigenen Geschichte. ...

Das Weltsozialforum bringt Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus allen Ländern der Welt nur zusammen und verbindet sie, aber es beabsichtigt nicht, eine Institution zu sein, welche die Zivilgesellschaft repräsentiert. ... Folglich wird niemand im Namen irgendwelcher der einzelnen Veranstaltungen des Forums autorisiert, Positionen auszudrücken, die behaupten, die aller seiner Teilnehmer zu sein. Es stellt weder einen Ort der Macht dar noch beabsichtigt es, die einzige Option für die Wechselbeziehungen und Aktivitäten der Organisationen und Bewegungen, die an ihr teilnehmen, festzusetzen. ...

Das Weltsozialforum ist ein pluraler, breit gefächerter, nicht-konfessioneller, nicht-staatlicher und überparteilicher Zusammenhang, der auf dezentralisierte Art und Weise die Organisationen und Bewegungen verknüpft, die durch konkrete Aktionen von der lokalen bis zur internationalen Ebene dabei mitwirken, eine andere Welt aufzubauen. ... Weder Repräsentanten von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen. Regierungsmitglieder und Staatsbeamte, die die Verpflichtungen dieser Charta annehmen, können als Einzelpersonlichkeiten eingeladen werden.

Das Weltsozialforum versucht, nationale und internationale Verbindungen unter Organisationen und Bewegungen der Gesellschaft zu verstärken und neue zu schaffen, welche sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich die Fähigkeiten zum gewaltfreien sozialen Widerstand gegen den Prozess der Entmenschlichung, den die Welt zur Zeit durchläuft, und gegen die vom Staat ausgeübte Gewalt erhöhen. ..."

Quelle: attac-netzwerk.de/koeln/texte/28-01-01WSF-CHARAKTERDERPRINZIPIEN.pdf

Christoph Strawe:

Eine andere Welt ist möglich

Impressionen und Reflexionen zum Weltsozialgipfel in Porto Alegre/Brasilien

Vom 31. Januar bis zum 5. Februar 2002 fand im brasilianischen Porto Alegre das zweite "Weltsozialforum" statt. Über 50.000 Menschen aus 132 Ländern hatten sich zusammengefunden, dreimal soviel wie vor einem Jahr. Unter ihnen waren 11.000 Jugendliche, für die es ein eigenes Jugendlager gab. Von etwa 2.000 vertretenen Organisationen und Initiativen wird gesprochen. Aus der Bundesrepublik hatten diesmal etwa 160 Teilnehmer den Weg über den Äquator auf den amerikanischen Kontinent gefunden – im letzten Jahr war es nur ein knappes Dutzend. Unter ihnen waren Gruppen wie ATTAC, Misereor und diverse Netzwerke, aber auch Vertreter des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Parlamentarier der SPD und der PDS.¹ Im Goethe-Institut fanden diverse Veranstaltungen statt, darunter eine Pressekonferenz der deutschen Delegation. Stark vertreten – auch mit einem eigenen Faltspekt und zahlreichen Workshops – waren die "Stuttgart Delegation", bestehend aus ATTAC (Katrin Zöfel), dem Forum 3 (Ulrich und Gabi Morgenthaler), der Initiative "Netzwerk Dreigliederung" (Christoph Strawe) und ihrem jüngeren Bruder "GlobeNet3" bzw. "GlobalSTAF" (Johannes Lauterbach und Carol Bergin) sowie dem Netzwerk weltweiter Projekte NWWP (Suely Nunes-Loewe, Jens Loewe).

Was hat es mit diesem Weltsozialforum auf sich? Wie ist es entstanden, welche Ergebnisse hatte das diesjährige Treffen und welche Impulse können von ihm ausgehen? Davon handelt der folgende Bericht, der zugleich versucht, etwas von der Stimmung des "Events" einzufangen und Impressionen von der Umgebung zu vermitteln, in welcher er stattfand.

Zivilgesellschaft: eine dritte Kraft wird sichtbar

Das 20. Jahrhundert endete mit der "Battle of Seattle". Die Welthandelsorganisation WTO führ-

te in der nordamerikanischen Stadt ihren Gipfel durch, bei dem die Staatenvertreter vor allem im Interesse der transnationalen Wirtschaftsunternehmen die weitere Liberalisierung des Welt Handels vorantreiben wollten. Dagegen protestierten Menschen aus aller Welt, in einer so noch nie da gewesenen Koalition: Alte Linke, Ökologieguppen und Organisationen neuen Typs wie ATTAC, Gewerkschaften aus den Metropolen und Kleinbauernvereinigungen aus den gering entwickelten Ländern, Menschenrechtsgruppen, Fair-Trade-Initiativen, religiös-kirchliche Gruppierungen. Ihre Aktionen waren nicht von oben – zentralistisch – gesteuert, sondern von unten – netzwerkartig – koordiniert. Eine ähnliche Koalition, teilweise die gleichen Akteure, hatte zuvor bereits das heimlich in der OECD vorbereitete und 1998 der Öffentlichkeit bekannt gewordene Investitionsschutzabkommen MAI zu Fall gebracht.

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus 1989 und die Zurückdrängung der Kräfte eines Dritten Weges in der Zeit danach hatten über Jahre hin der Lehre von der alleinseligmachenden neoliberalen Marktökonomie Hochkonjunktur beschert. Nun war eine neue dritte Kraft auf den Plan getreten, die nichts mit dem Establishment der Staaten und der Ökonomie zu tun hatte und für die sich als Identifikationsbegriff das Wort von der "Zivilgesellschaft" durchsetzte. Und siehe da: Der Gipfel von Seattle scheiterte, weil die Bewegung Entwicklungsländern Mut machte, wider den Stachel zu locken. Die Widersprüche innerhalb der WTO-Mitgliedschaft kamen zum Vorschein.²

Würde diese dritte Kraft kontinuierliche Wirksamkeit entfalten können? Würde sie mehr sein als eine Verhinderungs- und Antikoalition, wie so viele soziale Bewegungen der Vergangenheit, die sich dadurch schließlich totliefen? Kurz: würde sie gegenüber dem Bestehenden die Kraft

dessen entfalten können, was die klassische deutsche Philosophie "bestimmte Negation" genannt hat, d.h. eine Verneinung, die zugleich Bejahung ist, weil sie konstruktiv und nicht bloß abstrakt wirkt?

Bemerkenswert immerhin war die Auflösung alter Lagerbildungen. Die alte Linke war technikgläubig wie ihre Hauptgegner. Nun fand man sich auf dem Boden nachhaltiger Entwicklung, wurde der Sinn für den Organismus Erde ein verbindendes Band für viele Beteiligte. Damit schloss die Bewegung zugleich an die Impulse an, die von dem UNO-Umweltgipfel in Rio im Jahre 1992 ausgegangen waren (Lokale Agenda 21).

Weltwirtschaftsforum und Weltsozialforum

Vor 30 Jahren hatte der mittlerweile 62jährige Genfer Wirtschaftsprofessor Klaus Schwab, gebürtig aus Ravensburg, heute einer der reichsten Männer der Schweiz, das sogenannte World Economic Forum gegründet. Es fand seither jährlich in Davos statt, wo sich eine erlesene Schar von Verantwortungsträgern aus Politik und Big Business versammelte. Eine Mischung aus Denkfabrik, Kontaktbörse und Laufsteg der Eitelkeiten war dieses einflussreiche Forum. Es gab nur wenige Persönlichkeiten mit Rang und Namen, die niemals in der Bündner Bergwelt dabei waren.

Einer Bewegung, die der neoliberalen Form der Globalisierung kritisch gegenüberstand, konnte Davos nicht gleichgültig sein, sie musste eine Antwort darauf finden. Gegendemonstrationen fanden vermehrt in den letzten Jahren statt. Aber genügt es zu protestieren? Liegt nicht die Stärke von Davos darin, dass dieses Forum Entwicklungen abspürt und vordenkt, dass es Dialoge ermöglicht, die zu – wie immer fragwürdigen – Gestaltungsimpulsen beitragen? Muss, wer anderes will als dort vorgedacht wird, nicht jene Stärke ebenfalls entwickeln, nur eben auf andere Weise? Solche Überlegungen, in vielen Köpfen auftauchend, mögen es gewesen sein, die dazu führten, dass die Idee eines parallel zu Davos stattfindenden Forums realisiert wurde. Bei ihm sollte es um Antworten auf die Frage gehen, "wie in einer zukünftigen Welt die Ökonomie in

den Dienst der Menschen gestellt werden sollte und nicht umgekehrt".³ In Brasilien fand sich eine Reihe von Organisationen, die die Sache vorantrieben. Sie verhandelten mit den Autoritäten von Rio Grande do Sul, wo die Bedingungen für die Durchführung günstig schienen. Und sie verbanden sich mit Gruppen in aller Welt – ATTAC Frankreich hatte die Initiative bereits von Anfang an kräftig mit vorangetrieben. So kam im Jahr 2 nach Seattle das I. Weltsozialforum in Porto Alegre zusammen.

2002: Porto Alegre und New York

Zwischen dem 1. und dem 2. Forum lagen die Demonstrationen und die brutalen Einsätze der Staatsgewalt beim G8-Gipfel in Genua und die entsetzlichen Anschläge des 11. September mit all ihren Folgen. Hatte Genua zu einem Aufschwung der Bewegung geführt und Organisationen wie ATTAC einen großen Mitgliederzustrom beschert, so sagten ihr nach dem 11. September manche ein nahes Ende voraus. Das Gegenteil jedoch trat ein: "Porto Alegre II hat deutlich gemacht, dass die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ungebrochen ist. Sie wächst weiter und gewinnt an Breite und Einfluss", so Peter Wahl, Mitglied des Koordinierungsausschusses von ATTAC Deutschland.

Teils aus Solidarität mit den USA, teils weil die Schweizer Behörden offensichtlich den immensen Sicherheitsaufwand nicht leisten wollten, verlegte man das WEF in diesem Jahr nach New York. Durch die zeitgleich auf einem Kontinent stattfindenden Veranstaltungen entstand ein sprechendes Bild, Realität und Symbol zugleich: dort im kalten Norden die auserwählte Schar der 2.700 Reichen und Mächtigen, von einem Riesenaufgebot von Sicherheitskräften und Sperren geschützt, was zugleich an den Orten des Geschehens das Geschäftsleben New Yorks zurückdrängte. Hier in der 28°-Wärme Brasiliens eine gelöste, bei allem Ernst der inhaltlichen Arbeit geradezu volksfestartige Stimmung, die gleich bei der Eröffnungsveranstaltung aufkam. Und Leben allüberall – auch die örtliche Geschäftswelt und der Kleinhandel profitierten. Die wenigen Polizeikräfte hielten sich dezent im

Hintergrund, und die Ordner mussten nicht mehr kontrollieren als die Delegierten- bzw. Teilnehmerausweise.

War das erste Forum von den Medien noch weitgehend heruntergespielt worden, so war das im Jahr 2002 deutlich anders. Dazu trug der Kontrast der Bilder sicher bei: häufig wurde zugleich über New York und Porto Alegre berichtet.

Lasst 1000 Blumen blühen ... Wie Alternativen für eine andere Welt entstehen können

Die Form der Veranstaltung war bereits in der Vorbereitung des ersten Forums geprägt worden: Morgens wenige teach-in-artige Foren vor einem großen Publikum mit mehreren Podiumsteilnehmern, bei denen es sich meist um prominente Menschen handelte, die sich in der Bewegung hervorgetan haben. In diesem Jahr waren es insgesamt 27 solcher "Conferences". Sie behandelten unter anderem Themen wie fairen Handel, internationale Organisationen, Kontrolle der Finanzmärkte, nachhaltige Entwicklung, Wasserversorgung, transnationale Unternehmen und die Rolle der Zivilgesellschaft.

Am Nachmittag dann "Workshops". In diesem Jahr waren es an die 300 jeden Tag, sie konnten von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst gestaltet werden. Insgesamt eine Fülle von Gesprächs- und Begegnungsmöglichkeiten, die einer realen Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure untereinander dienen sollten. Zwar war die Form der Vormittagsveranstaltungen recht konventionell: Statements reihten sich aneinander, anschließend waren noch Fragen möglich. Die Offenheit des Workshop-Programms jedoch war beispielhaft: Man konnte sich – über die Internetseiten des WSF – mit seiner eigenen Workshop-Initiative völlig frei einbringen und diese bekannt machen. Und die Organisatoren brachten das Kunststück fertig, für all diese verschiedenen Arbeitsgruppen das räumliche Umfeld zu schaffen. Gerade wer wie der Autor noch einen zentralistisch organisierten Event wie die 10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in der damaligen Hauptstadt der DDR erlebt hat, kann die

praktizierte aktive Toleranz der Veranstalter würdigen.

Natürlich wehten in Porto Alegre auch die roten Fahnen der in Lateinamerika traditionell starken marxistisch-leninistischen Gruppen, formierten sich auf dem Veranstaltungsgelände immer wieder Demonstrationen, die ohrenbetäubend ihre Losungen skandierten. Sie gehörten zum bunten Bild der Veranstaltung dazu, waren aber auch wiederum zu sehr eine Randerscheinung, als dass sich jemand zum Mitmarschieren in einer "antiimperialistischen Einheitsfront" hätte genötigt sehen müssen. Dass ultralinke Gruppierungen parallel zur Eröffnung eine eigene Demonstration gegen das "reformistische Weltsozialforum" durchführen konnten, ohne dass sich jemand darüber aufregte, passt zum Gesamteindruck.

Die selbstlose Haltung der Organisatoren, ein Forum bieten zu wollen, durch das sich eine Kraft der Alternative aus der Zivilgesellschaft heraus formen kann, nicht aber eine solche Bündelung der Kräfte auf einer vorgegebenen Plattform erzwingen zu wollen, war der entscheidende Ansatz schon des ersten Forums. Es war ein qualitativer Sprung gegenüber den allermeisten Ansätzen in der Vergangenheit, internationale Solidarität zu bewirken. (Vgl. die Auszüge aus der "Charta der Prinzipien" des Weltsozialforums auf S.2)

Peter Wahl brachte diese Qualität auf den Begriff: "Diese Bewegung organisiert sich transnational und unter Bedingungen, die die politische und kulturelle Diversität auf dem Planeten widerspiegeln. Eine gemeinsame theoretische oder weltanschauliche Grundlage gibt es, anders als bei früheren Versuchen, eine 'Internationale' zu bilden, nicht. Erst recht besteht keine Zentrale, die irgendetwas vorgeben könnte. Einzig die Fähigkeit aller Akteure zur Selbstorganisation bestimmt den Grad der Struktur- und Regelbildung. Toleranz und kommunikative Kompetenz über kulturelle Grenzen hinweg sind dabei von entscheidender Bedeutung. Historische Vorbilder für einen solchen demokratischen Konstitutionsprozess einer transnationalen sozialen Bewegung existieren nicht."

Eine Region wagt mehr Demokratie ...

Porto Alegre mit seinen ca. 1,4 Mio. Einwohnern ist die Hauptstadt des brasilianischen Teilstaats Rio Grande do Sul (Bevölkerung 10 Mio.). Dieser Teil Brasiliens ist als Gastgeberregion für ein derartiges Forum wie geschaffen. Wird hier doch eine weitgehende Form direkter Demokratie praktiziert, bei der die Bürger z.B. über die Ausgabenprioritäten der öffentlichen Hände abstimmen können (Bürgerbudget). Bei der UNO interessiert man sich für dieses Modell, in einer Reihe lateinamerikanischer Städte findet es Nachahmer.

Hinter diesem Ansatz steht die brasilianische Arbeiterpartei (PT), die in Stadtverwaltung und Landesregierung dominiert und ohne deren Unterstützung das Forum in dieser Form sicherlich nicht hätte stattfinden können. Von 2,3 Mio. Reals (1 Real = ca. 0,5 Euro) vom Gouverneur des Teilstaats und weiteren 800.000 Reals vom Präfekten der Stadt ist die Rede⁴, was unmittelbar einleuchtet, wenn man das Preis-Leistungs-Verhältnis des mittäglichen Büffets bestaunt hat. Der PT-Ehrenvorsitzende Lula da Silva erhielt im Forum "partizipatorische Demokratie" am vierten Tag standing ovations für eine flammende Rede, die wohl zugleich Wahlkampf für seine Präsidentschaftskandidatur war.

Einen weiteren Faktor des Gelingens stellt sicher die Tatsache dar, dass der riesige Campus der katholischen Universität und deren in der Stadt verstreute Hörsaalgebäude für die Veranstaltung voll zur Verfügung standen. Im Foyer des Hauptgebäudes strömten morgens Tausende zu den großen Foren, die nachmittäglichen Workshops verteilten sich dann auf die Vielzahl der Gebäude. Das Transportproblem lösten Shuttle-Busse und die hellrote Taxiflotte der Stadt, deren Fahrer ein gutes Geschäft machten.

Eine Parkhausetage der Universität war zu einem einzigen Markt umfunktioniert, in dem sich ein Bücher- und Informationsstand an den nächsten drängte. Auch im Freien, überall auf dem Gelände, Stände verschiedener Organisationen und der zahlreichen Kleinhändler, die vom Schmuck über Plaketten bis zum T-Shirt alles feil hielten, was das Herz der Teilnehmer be-

gehrte. Auch wenn man die Unterstützung und die gute Infrastruktur einbezieht: die reibungslose Organisation einer solchen Veranstaltung ist eine logistische Meisterleistung der unmittelbar für die Durchführung Verantwortlichen.

Brasilianische Impressionen

Von Porto Alegre ist es nicht weit zur Grenze, hinter der ein im Augenblick durch die Folgen der neoliberalen Globalisierung besonders betroffenes Land, Argentinien, von sozialen Unruhen geschüttelt wird. Die Lage in Brasilien ist anders. Seit man 1994 eine an den Dollar angekoppelte Währung, den Real, eingeführt hat, hat man die Inflation im Griff und hofft, mit dieser Lösung besser zurechtzukommen als der Nachbar im Süden. Die sozialen Probleme indes sind mit Händen greifbar, wenn man die Innenstadt von Porto Alegre erkundet. Mit ihrem vibrierenden Leben macht sie einen aufstrebenden Eindruck, überall Geschäftigkeit. Zugleich ist das Elend unübersehbar, trotz vieler Bemühungen der Verwaltung: Straßenkinder, die betteln; eine Frau, die mit ihrem Säugling auf dem Arm vor einem Geschäft sitzt und offensichtlich keine Bleibe hat; Männer, die am Straßenrand schlafen, und die anderen, die geschäftig vorbeieilen.

Etwas besser dran sind diejenigen, die wenigstens irgend etwas zu verkaufen haben. Der Straßenhandel ist allgegenwärtig, und daran, wie die Ware präsentiert wird, ist die soziale Hierarchie zu studieren: Auf dem Gehsteig, im Bauchladen, auf einem Tischchen, in einem eigenen Stand. Die Umweltprobleme des Landes ahnt man, wenn man der Gewässerverschmutzung ansichtig wird: Der Strand hinter dem Amphitheater, in dem die Eröffnungsfeier stattfand: aus der Ferne wunderschön – aus der Nähe betrachtet, verliert man die Lust zum Baden.

Das International Forum on Globalization (IFG)

Eine wichtige Plattform unter den vielen anwesenden Organisationen stellt das "International Forum on Globalization" dar. Sind doch in seinem "Board" viele der herausragenden

Gestalten der Bewegung für eine andere Form der Globalisierung anwesend. Eine davon ist Lori Wallach, eine amerikanische Wirtschaftsanwältin, die bereits in der Bewegung gegen das MAI eine Schlüsselrolle spielte und zu deren Markenzeichen es geworden ist, dass sie stets zwei riesige Wälzer mit den WTO-Vereinbarungen mit sich führt, um sie ihrem Publikum zur Abschreckung zu präsentieren. Wer den im ZDF ausgestrahlten Film "David gegen Goliath" gesehen hat⁵, kennt Lori Wallach ebenso wie Vandana Shiva, die Inderin. Diese Frau hat ein enormes Charisma. Man versteht, dass sie in Indien Hunderttausende in Bewegung bringt. Seit sie vor der amerikanischen Justiz die mächtige Firma Rice-Tec in die Knie zwang, ist sie geradezu eine Legende geworden. Rice-Tec hatte das Patent für eine neue Reissorte erhalten, die ähnliche Eigenschaften wie der originale indische Basmatireis aufweist. Durch diesen schmutzigen Trick wäre es der Firma fast gelungen, sich die indischen Bauern tributpflichtig zu machen, hätte Shiva nicht dagegen angekämpft. Die kostenlose Nutzung des eigenen Saatguts wäre am Ende ein Verstoß gegen das TRIPS-Abkommen der WTO gewesen.

Ich hörte Vandana Shiva bei der Konferenz über Nachhaltigkeit – und musste unwillkürlich an Martin Luther King denken. Sie begann mit einem Zitat aus dem "Economist", das den Ernst der Lage beleuchtete. Dort forderte jemand allen Ernstes, "Greenpeace" und "Friends of the Earth" wegen ihres aktiven Widerstands gegen biotechnische Entwicklungen unter Antiterrorismus-Gesetze zu stellen. Die promovierte Physikerin fand einprägsame Bilder – geeignet, auch einfache Menschen anzusprechen, ohne dabei populistisch zu werden. Ihr Satz, dass George Bush das Wasser in seinem Swimmingpool wichtiger sei als die Wasserversorgung von Millionen Menschen auf der Welt, wurde in den Medien zitiert. Sie brachte die Dinge auf den wesentlichen Punkt, wenn sie sagte, die Menschenrechte seien den Menschen nicht von den Regierungen verliehen, sondern mit ihnen geboren und darum unveräußerlich. Ihr Auftritt war für mich vielleicht der nachhaltigste Eindruck des Forums (Noam Chomskis Vortrag verpasste ich,

weil kein Zugang zum überfüllten Saal mehr möglich war. Der Vortrag Leonardo Boffs, des Begründers der Theologie der Befreiung, fiel aus.)

Zum Board des IFG gehört auch Maude Barlow, Vorsitzende des Council of Canadians, die in Kanada eine breite Bewegung gegen das WTO-Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS in Gang gebracht hat.⁶ Dann sind da Persönlichkeiten wie Walden Bello, ein philippinischer Sozialwissenschaftler, Direktor des "Focus on the Global South", oder Martin Khor vom "Third-World-Network" aus Malaysia. Er imponiert mir durch seine strategische Intelligenz, seine Souveränität im Umgang mit dem Stoff, den er behandelt, aber auch durch den Eindruck eines unbeugsamen Willens, der von ihm ausstrahlt. Man muss konzeptionell nicht mit allem konform gehen, was er sagt. Aber im entscheidenden Punkt hat er allemal Recht gegen die Beschwichtiger und Beschöniger aus allen Ländern und Lagern: nämlich, dass der WTO-Prozess gestoppt werden muss, dass die WTO in ihrer jetzigen Form nicht reformierbar ist. Seine Argumente – vorgetragen u.a. bei einem der größeren Workshops über die Gestaltung der Globalisierung – sind glasklar:

Das WTO-Regime greift durch in alle Länder, aufgrund der Möglichkeit, jede regionale demokratische Entscheidung durch die Klage bei der WTO auszuhebeln – wenn es nur gelingt, einen Verstoß gegen die sakrosankten Regeln des 'freien' Wettbewerbs glaubhaft zu machen. Dieses Regiment verunmöglicht jede soziale Gestaltung in der Region, dem Lebensort der Menschen. Seine Beseitigung, ist es erst einmal durchgesetzt, ist vielhundertmal schwerer als die Änderung einer nationalen Verfassung – welche, wenn sie grundlegenden Charakter hat, bekanntlich auch nur in historischen Ausnahmesituationen möglich ist. Einsichtig auch Khors Aussagen über die notwendige Begrenzung des freien Kapitalverkehrs durch soziale Gesichtspunkte, eindrucksvoll an der Asienkrise exemplifiziert.

Ein weiteres Mitglied des Boards, das hier erwähnt werden muss, ist David Korten. Korten hat u.a. die Werke "When Corporations Rule The World" (1995, 2. Aufl. 2001) und "The Post-

Corporate World: Life After Capitalism" (2000) verfasst und gilt nicht nur als glänzender Analytiker, sondern auch als Vordenker, was künftige gesellschaftliche Gestaltungen angeht. In seinem erstgenannten Werk zitiert er Nicanor Perlas aus den Philippinen, der wiederum zu den "Associates" des Forums gehört. In Kortens Denken spielen Prinzipien wie ökologische Nachhaltigkeit, ökonomische Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt, Subsidiarität, Partizipation und Verantwortlichkeit eine große Rolle. Seine Mitautorschaft ist auch in dem Dokument erkennbar, welches das IFG bei einem Workshop erstmals in Kurzfassung als Entwurf der Öffentlichkeit vorstellt und an dem intern lange gearbeitet worden ist: "A Better World is possible – Alternatives To Economic Globalization".⁷

Die Globalisierung gestalten – Alternativen für eine andere Welt

Damit sind wir bei einem entscheidenden Punkt angelangt: Porto Alegre wollte von Beginn an mehr sein als eine Protestveranstaltung. Es wollte den Beweis antreten für die Aussage des Mottos "Eine andere Welt ist möglich". Wie können deren Konturen aussehen? Wie kann verhindert werden, dass wiederum nur eine Utopie entsteht, die sich bestenfalls, sollte sie sich durchsetzen, als Konglomerat fixer Vorstellungen erweist, die die Menschen als übergestülpt erleben und die sich darum in der Realisierung dann auch bald ins Gegenteil verkehren? Wie soll, auf der anderen Seite, vermieden werden, dass nicht mehr zustande kommt als ein Potpourri unzusammenhängender Wünschbarkeiten aus den verschiedensten Ecken?

Die Organisatoren haben von vornherein gut daran getan, zu verhindern, die Zeit "mit Diskussionen über Einzelheiten zu verlieren, die in einem abschließenden Dokument enthalten sein sollten".⁸ Alternativen, die wirkliche Kraft der Veränderung in sich bergen, sind heute allemal solche, die Strukturen beschreiben, unter denen Menschen handlungsfähig zur Lösung ihrer jeweiligen Probleme werden können, nicht "Lösungen" im Sinne einer inhaltlich vorgedachten "richtigen" Gesellschaftsordnung. In diesem

Punkt hat ein Grundansatz der Dreigliederung – auch wenn dieses als Konzept bei dem Forum sicherlich nur eine Randrolle in einzelnen Diskussionen spielte – im allgemeinen zivilgesellschaftlichen Bewusstsein begonnen Fuß zu fassen. Aber die Formulierung solcher Alternativen kann auch wiederum nur aus einem permanenten Diskurs hervorgehen. Daher sind Foren wie das IFG als Orte freien geistigen Austauschs so wichtig.

Damit soll über die Aussagen des Dokuments im einzelnen nichts gesagt sein. Vieles findet sich dort, an dem unmittelbar angeschlossen werden kann, manches bedarf aber sicher auch weiterer Diskussion. So möchte man z.B. fragen, ob die Betonung der "lokalen Wirtschaft" – so wichtig diese Entdeckung der Region als realer Ort von Wirtschafts- und Lebenszusammenhängen auch ist – als Alternative zur neoliberalen Globalisierung ausreicht, oder ob nicht gerade auch global solche Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit entstehen können und müssen, welche die gleiche Transparenz und Gestaltbarkeit aufweisen, wie sie im Lokalen zu Recht gesucht werden. Mit dieser Frage wäre eine Debatte über eine moderne kooperative Wirtschaft eröffnet, die sehr weit führen könnte.

Das IFG hat ausdrücklich um Diskussionsbeiträge zu seinem Papier gebeten – und man sollte dieses Angebot dankbar annehmen. So soll das geplante Seminar der Fortbildungsreihe "Individualität und soziale Verantwortung" vom 11.-13. Oktober 2002 an der Universität Trier, bei dem es um konzeptuelle Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung geht, ausdrücklich unter den leitenden Gesichtspunkt gestellt werden, zu dieser Debatte einen Beitrag zu leisten.

Die konzeptionellen Beiträge, die bei dem Forum oder im Zusammenhang mit ihm geleistet wurden, sind insgesamt beachtlich. Aufmerksamkeit verdient dabei auch ein von ATTAC Frankreich Ende Januar vorgelegtes "Manifest 2002".⁹ Nur wer illusionäre Ansprüche stellte, konnte über einen mangelnden konzeptionellen Ertrag in Porto Alegre klagen. "Erwartungshaltungen, die in der abschließenden Pressekonferenz gerne einen Konstruktionsplan für die neue Gesellschaft sehen wollten", so Peter Wahl, "wurden enttäuscht."

Das finale Manifest einer lichten Zukunft, der große Wurf wurde nicht präsentiert. Im Gegenteil, ganz bewusst wurde auf eine offizielle Abschlusserklärung verzichtet, weil die Entwicklung eines 'planetarischen Programms' – wenn es denn auf demokratische Weise zustande kommen soll – gerade nicht von einem Großdenker oder einer Avantgarde mal so auf den Markt geworfen werden kann. Was einer kurzschlüssigen Effizienz- und platten Ergebnisorientiertheit als Schwäche erscheint, ist im Gegenteil bereits der Vorschein einer anderen Welt: partizipative Demokratie, herrschaftsfreier Diskurs, Entschleunigung. Hier wird nichts durchgepowert."

Zusammenarbeit, z.B. in Europa ...

Auch für die Entwicklung der Zusammenarbeitsformen und Organisationsstrukturen innerhalb der Bewegung war das Forum fruchtbar. Die Beratung von ATTAC Europa beispielsweise brachte eine bessere Wahrnehmung der verschiedenen Sektionen untereinander – einige von ihnen sind erst in jüngster Zeit überhaupt entstanden –, aber auch Impulse für Kampagnen und ansatzweise auch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit, die Handlungsebene "Europäische Union" in die Arbeit stärker einzubeziehen. Konkrete Verabredungen gab es für Kampagnen zur Durchsetzung der Tobin-Tax (seit eh und je ein Hauptthema von ATTAC) und zum GATS-Abkommen der WTO.

Dialog mit den "Etablierten"?

Kann es, muss es einen Dialog zwischen Zivilgesellschaft bzw. Weltsozialforum und dem Establishment, repräsentiert z.B. im World Economic Forum, geben? Die Frage liegt auf der Hand. Von einigen Teilnehmern, die nach beiden Seiten hin Verbindungen haben, wurde sie bewusst gestellt, so z.B. von einer Argentinierin oder von Peter Hesse, Unternehmer und langjähriges Mitglied im "Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik der CDU", der mit seiner Stiftung beispielhafte Entwicklungsprojekte in Haiti betreibt.

Wenn eine Wende in der Entwicklung eingeleitet werden soll, dann setzt das sicherlich eine Zusammenarbeit zwischen Menschen, die Verant-

wortungsträger in den bestehenden mächtigen Institutionen sind und die Notwendigkeit der Wende begreifen, mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren voraus.

Manche Vertreter des Establishments betrachten zwar die Zivilgesellschaft noch nicht als relevante Kraft, andere mögen den Dialog nur benutzen, um sie ruhig zu stellen. Sich Dialogen zu verweigern, wäre jedoch destruktiv: das soziale Leben baut auf dem Dialog auf. Und wer die eigene Kraft erprobt hat, braucht keine Angst zu haben, dass er vereinnahmt wird. Diese eigene Kraft ist nicht die Kraft der Zahl allein, auch wenn es eine kritische Masse braucht, damit wirksam eingegriffen werden kann. Sie ist die Kraft des Gedankens, der sozialen konzeptionellen Phantasie. Und es ist die Kraft der gelebten Beispiele, die ins Spiel gebracht werden muss, Beispiele, in denen die andere Welt, die gewollt wird, ein Stückweit bereits antizipiert wird.

Auf dem Weltwirtschaftsforum in New York waren in diesem Jahr immerhin nicht nur Jubelarien über die Segnungen des ungebremsen globalen Kapitalismus zu hören. "Führung in unsicheren Zeiten", lautete das Motto. In den Veranstaltungstiteln wimmelt es von Wörtern wie "Konflikt" oder gar "Furcht". Es wurden auch "Schattenseiten der Globalisierung thematisiert, die Dominanz der USA in der Weltwirtschaft zum Nachteil anderer und die Frage, ob die USA nicht eine Mitverantwortung für das Entstehen terroristischer Netzwerke haben".¹⁰ Die Äußerungen des US-amerikanischen Finanz- und Außenministers als Vertreter der Linie des "Weiter so", fanden keinen ungeteilten Beifall. "Selbst IWF-Direktor Horst Köhler kritisierte den Egoismus der Industrieländer, die ihre Landwirtschaft und die Textilwirtschaft vor ausländischer Konkurrenz und damit vor Konkurrenz aus Entwicklungsländern schützen."¹¹

Man wird das zur Kenntnis nehmen müssen, wenn auch nicht überbewerten dürfen. Insbesondere wird man sich dadurch nicht in der Entschlossenheit beirren lassen dürfen, die derzeit im Rahmen der WTO betriebene Entwicklung anzuhalten, um die Option anderer Entwicklungswege überhaupt wieder zu eröffnen.

Zugleich wird man sich in dem Bemühen ermutigt sehen dürfen, solche Wege zu bahnen.

Wie geht es weiter?

Für mich ergeben sich zwei Handlungsrichtungen, die miteinander verbunden sind:

1. Die Welt ist keine Ware! – die WTO-Maschine anhalten!

Wir brauchen eine Bewegung, die die Maschinerie der WTO stoppt. Dabei geht es nicht um diese oder jene Einzelheit, die gefordert werden müsste. Es geht darum, dass nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden dürfen, die eine Gestaltbarkeit der Verhältnisse nach menschlichem Maß und durch menschlichen Ratschluss und Übereinkommen nicht mehr zulassen. Denn die Realisierung der Werte kultureller Freiheit, demokratischer Gleichheit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität wäre dann in ihrem Kern bedroht, ja verunmöglicht.

Viele Entwicklungsländer haben dem Doha-Kompromiss und damit dem Eintritt in eine neue dreijährige große Liberalisierungsrunde des Welt Handels nur zugestimmt, weil ihnen zugesichert wurde, dass auf der nächsten Ministerkonferenz 2003 zunächst Einigkeit über den Modus der Verhandlungen gefunden werden muss, ehe diese Runde tatsächlich eröffnet wird.

Und hier ist zu fordern: keine neue Runde, wenn nicht erst den WTO-Abkommen und der WTO als Institution die Giftzähne gezogen worden sind. Und das würde heißen: TRIPS kann in der vorliegenden Form nicht bleiben, wenigstens Bildungs- und Gesundheitswesen sind aus den GATS-Verhandlungen auszuklammern und eine eindeutige Priorität der individuellen, demokratischen und sozialen Menschenrechte vor allen Wettbewerbsrechten ist festzuschreiben.

Faktisch liefe das auf die Forderung nach einem Stop des WTO-Prozesses in seinem gegenwärtigen Duktus und auf ein Moratorium hinaus, das erlaubt, über die Grundlagen der Gestaltung der Globalisierung neu nachzudenken.

Die Koalition, die dies durchsetzen kann, kann nur die breiteste mögliche sein: Sie muss Entwicklungsländer ebenso einschließen, wie z.B. die Gewerkschaftsbewegung in den Metropolen und

alle Kräfte der Zivilgesellschaft überall in der Welt. Es gibt hier keine Vorbedingungen, außer der einen: der Gewaltfreiheit und der gegenseitigen Toleranz. Und es muss in Kauf genommen werden, dass die Zukunftskonzeptionen vieler beteiligter Kräfte noch gänzlich divergieren können. Ja, diese Konstellation muss als Chance betrachtet werden, in der Zusammenarbeit jenes Vertrauen aufzubauen, ohne das eine Verständigung im "Pro", über das "Anti" hinaus, nicht möglich sein wird.

2. Entwicklung der Konturen einer anderen Welt

Die Konturen einer anderen Welt müssen von immer mehr Menschen als Bild in sich belebt werden. Zugleich ist der Dialog zwischen allen, die um solche Bilder ringen, selbst ein Element des Entstehungsprozesses einer neuen Welt. Es ist ein sozialkünstlerischer Vorgang, ohne den die Erneuerung keine wäre. "Das Wahre ist das Ganze, Resultat und Weg, der zu ihm führt", hat Hegel gesagt. Ein soziales Ziel, zu dem der Weg nicht ebenfalls ein sozialer ist, also ein zwischenmenschliches und mitmenschliches Zusammenwirken, wäre keines. Zugleich bedarf die Kunst des Handwerks und der Technik als ihrer Instrumente. Im Hinblick auf das soziale Leben heißt das unter anderem auch: gründliche sachliche Untersuchung der jeweiligen Materie. Wie müsste ein Geldwesen, eine Eigentumsordnung, der Umgang mit den Ressourcen, mit der Bodennutzung, der Preisgestaltung, der Einkommensbildung, der Ausgestaltung der Demokratie, der Verfassung des Schulwesens, des Universitätslebens usw. aussehen, wenn ein Zustand erreicht werden soll, der menschlicher wäre als der bestehende? Um solche Fragen beantworten zu können, sind nicht nur große Visionen nötig und die Phantasie, sie umzusetzen, sondern auch die notwendige Unterlage an Sachkenntnis.

Schließlich und endlich geht es auch um die Kraft des Beispiels, die Kommunikation und die Reflexion praktischer Erfahrung, die im zivilgesellschaftlichen Engagement an den verschiedensten Stellen bereits gemacht worden sind. Es geht um die Anerkennung der vielen konzeptionellen Beiträge, die bereits geleistet worden sind. Es geht um konzeptionelle Weiterarbeit und Zusammenarbeit im weitesten Sinn.

Vertrauen wir diesem Prozess! Nicht blind, sondern im Vertrauen auf die Partner, aber auch auf die eigene Kraft, aus bisher Erarbeitetem und neu zu Entwickelndem fruchtbare Beiträge in ihn einbringen zu können.

"Welcome Porto Alegre 2003"

Der "Porto-Alegre-Prozess" kann auch in Zukunft hier beitragen. Dazu am Schluss noch ein Wort: Mancher hat für eine radikale Dezentralisierung des Forums im kommenden Jahr plädiert. Nachvollziehbar: letztlich muss lokal und regional gehandelt werden, wenn eine neue soziale Wirklichkeit entstehen soll. Dennoch hat man sich entschlossen, für ein drittes Forum 2003 wiederum nach Porto Alegre einzuladen.

Das ist wohl begründbar, auch wenn die Teilnahme an globalen Ereignissen dieser Art für die kleinen und finanzschwachen Organisationen ein Problem darstellt (Sponsoren, hört die Signale!). Denn die Begegnung auf globaler Ebene ist ein wesentliches Element der Identitätsfindung der Zivilgesellschaft und gibt Impulse, die auf die Selbstorganisation vor Ort zurückwirken. 2004 will man sich dann in Indien versammeln, einem Land, in dem die zerstörerischen Folgen neoliberaler Globalisierung so greifbar sind, in dem aber eine starke Zivilgesellschaft sich diesen Entwicklungen entgegenstemmt.

Die Bildung lokaler Foren hat begonnen, regionale Foren entstehen ebenfalls. So soll es ein europäisches Sozialforum geben, das voraussichtlich Ende dieses Jahres in Italien und 2003 in Paris stattfindet. Die entscheidende Frage wird sein, ob es gelingt, den pluralen Ansatz des Forums bzw. der Foren durchzuhalten. Das ist weniger eine Frage des Veranstaltungsortes als des Selbstverständnisses der Akteure.

Anmerkungen

- 1 Unter ihnen war der SPD-Abgeordnete Hermann Scheer. Sie nahmen an einem parallel stattfindenden Forum der Parlamentarier teil.
- 2 Die beste mir bekannte Schilderung der Ereignisse von Seattle findet sich bei Maria Mies: Globalisierung von unten. Der neue Kampf gegen die wirtschaftliche Ungleichheit. Hamburg 2001.
- 3 Francisco Whitaker, I. Weltweites Sozial-Forum – Ursprung und Ziele (freie Übersetzung von Doris Henrichsen), siehe www.ATTAC-netzwerk.de/stuttgart/dokumente/debatte-charta-wsf.htm
- 4 Junge Welt, 1.2.2002.
- 5 "David gegen Goliath – Der Aufstand gegen die Globalisierung", Dokumentation von Martin Kessler (ARTE/ZDF, 16.11., 22.00–22.55 Uhr).
- 6 Vgl. Maude Barlow, Die letzte Grenze, sowie einen Aufsatz von Christoph Strawe über GATS, in: Rundbrief Soziale Dreigliederung Nr. 2/2001. Beide Texte sind auch im Internet über www.sozialimpulse.de zu finden.
- 7 Das Dokument in ganzer Länge kann heruntergeladen werden auf den Internetseiten des IFG: www.ifg.org.
- 8 Francisco Whitaker, a.a.O.
- 9 <http://www.ATTAC.org/fra/asso/doc/zenith07.htm>
- 10 Nicola Liebert, "Wirtschaftselite setzt auf Skepsis", in: TAZ vom 4.2.02, S. 5.
- 11 TAZ, a.a.O.

"Nestle tötet Babys!" – "McDonald's zerstört den Regenwald!" – "Deine Sportschuhe werden in Kinderarbeit hergestellt!" Stimmen diese Behauptungen? Kann ich denn überhaupt noch irgendetwas kaufen, ohne damit gleich die Verletzung von Menschenrechten und die Zerstörung der Umwelt 'in Kauf' zu nehmen? Oder sind diese Vorwürfe maßlos übertrieben? ... Der Tankstellen-Multi TotalFinaElf ist fast überall dort aktiv, wo Menschenrechtsverletzungen und Erölförderung zusammenreffen: in Myanmar, im Sudan, in Angola und in Nigeria. McDonald's wird nicht nur wegen der Folgen seines industriellen Fleischverbrauchs für Umwelt und Viehzucht kritisiert. Für die Herstellung von Spielwaren, mit denen der Hamburgerkonzern europäische Kinder in seine Restaurants lockt, wurden auch chinesische Kinder ausgebeutet. ... Das Thema Boykott ist zweischneidig. Oft gefährden Boykotte Arbeitsplätze, ohne etwas an der Misere zu ändern. ... Bei vielen Produkten, vor allem bei Lebensmitteln, gibt es gute und günstige Alternativen aus dem Fairen Handel. In erster Linie aber geht es darum, bei den großen Firmen Veränderungen einzufordern. Die Macht dafür liegt bei den Konsumenten."

Klaus Werner und Hans Weiss: "Schwarzbuch Markenfirmen"
Wien und Frankfurt/M.: Deuticke Verlag, 3. Auflage 2001, Vorwort.

Werner Onken:

Wirtschaft und Menschenrechte

Gedanken zum 40jährigen Bestehen von amnesty international

Wenige Jahre nach dem Ende des menschenverachtenden NS-Regimes verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte". 1951 folgte die "Genfer Flüchtlingskonvention". Beide Dokumente wurden zum Maßstab, an dem die Politik der Staaten in aller Welt fortan gemessen werden konnte. Verletzungen der Menschenrechte gehörten damit aber noch nicht der Vergangenheit an. Weiterhin wurden Andersdenkende und Andersgläubige diskriminiert, willkürlich inhaftiert, gefoltert und getötet oder sie verschwanden oft spurlos – was 1961 zum Entschluss des englischen Rechtsanwalts Peter Benenson führte, die Gefangenenhilfeorganisation "amnesty international" (ai) zu gründen. Der jeweiligen weltpolitischen Gesamtlage entsprechend lässt sich die 40-jährige Geschichte von ai in zwei große Abschnitte einteilen. Die erste Phase des Kalten Krieges dauerte bis zur 1989er Wende in Mittel- und Osteuropa. Seitdem befinden wir uns in der zweiten Phase der Ausbreitung des westlichen Kapitalismus über die ganze Erde. Für seine Protagonisten ist mit dieser besten aller möglichen Welten das "Ende der Geschichte" (Fukuyama) gekommen. Als Kritiker der Globalisierung könnte man fragen, wie lange diese zweite Phase noch dauern wird. Zu überlegen ist, wie sich Menschenrechtsgruppen angemessen auf die Globalisierung einstellen und was danach kommen könnte.

1. ai während des Kalten Krieges

Die Anfänge von ai fielen in die Zeit, als sich der Kalte Krieg mit dem Bau der Berliner Mauer und der Kuba-Krise auf seinem Höhepunkt befand. Nach dem Zweiten Weltkrieg standen sich die Machtblöcke des kapitalistischen Westens und des kommunistischen Ostens gegenüber. Der 'freie' Westen nahm mit seiner Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auch

die Verwirklichung der Menschenrechte für sich in Anspruch – im Gegensatz zum stalinistischen 'Arbeiter- und Bauernparadies' der Sowjetunion einschließlich ihrer Satelliten, wo Menschen in Psychiatrien und Strafgefangenenlagern gequält, gebrochen und getötet wurden bzw. noch werden wie in China.

Ganz überzeugend war aber diese schwarz-weiß-malende Gegenüberstellung des 'guten' Westens und des 'bösen' Ostens nicht, denn es gab ja auch noch prowestliche Diktaturen – lange Zeit sogar noch in Europa wie in Spanien, Portugal und Griechenland. Fast alle Länder des 'freien' Westens haben ein Erbe als menschenrechtsverletzende Kolonialmächte. Während der Jahrzehnte des Kalten Krieges spaltete der Ost-West-Gegensatz auch die sog. Dritte Welt:

- In vielen von Kolonialmächten ausgebeuteten Ländern wurden Armut und Elend zum Nährboden für die Ausbreitung marxistischer Ideen, was wie zum Beispiel in Angola und Kambodscha zur Aufrichtung linker Diktaturen führte.
- In mehreren arabischen Ländern entstanden autoritäre Gottesstaaten. Statt mit einem atheistischen Totalitarismus reagierten sie mit einem religiösen Fundamentalismus auf den christlich verbrämten Mammonismus der westlichen Zivilisation.
- Und in solchen Ländern, die westlich orientiert blieben, wurden beim Übergang in die Unabhängigkeit Scheindemokratien oder Militärdiktaturen errichtet, um diese Länder in neokolonialen Abhängigkeiten zu halten (zum Beispiel Südafrika, Argentinien, Brasilien, Indonesien, Philippinen).

Es war sicherlich richtig, dass sich ai in den Jahrzehnten des Kalten Krieges gegenüber den linken und rechten wie fundamentalistischen Diktaturen neutral verhalten hat und sich nicht von der einen oder anderen Seite instrumentalisieren ließ. Aber diese politische Neutralität und die Konzentration auf die Überwindung von

individuellem Leiden barg auch die Gefahr einer politischen Blindheit gegenüber den Ursachen von politischer Verfolgung. Damit soll keineswegs etwas gegen das Bemühen gesagt werden, einzelnen Häftlingen zu helfen und Verschwundene zu suchen, die sich gewaltfrei für die Menschenrechte eingesetzt haben. Diese Tätigkeit von ai ist zweifellos genau so wichtig und verdienstvoll wie etwa die Diakonie, als deren politisches Pendant ai auch betrachtet werden könnte. Ähnlich wie die Diakonie befindet sich ai in einem Konflikt: einerseits eine aus humanitären Gründen gebotene 'Erste Hilfe am Unfallort' zu leisten und andererseits zugleich zu wissen, dass die 'Unfallgefahr' weiterbesteht. Freigelassene kommen in ihre alte Umgebung und müssen sich überlegen, ob sie sich dem fortbestehenden Unrechtsregime fortan anpassen oder ob sie das Risiko einer erneuten Verfolgung eingehen wollen. Eine Diktatur kann sich in der Weltöffentlichkeit sogar damit brüsten, dass sie Gefangene freilässt, während sie zunächst unbemerkt an anderen Orten ihres Machtbereichs schon weiteres Unrecht begeht. So sind selbst engagierte und mutige Helfer/innen unentrinnbar in den Teufelskreis von Tätern und leidenden Opfern verstrickt und in den weltweiten politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen mitgefangen. Selbst Helfer/innen bleiben mitschuldig an diesem Unrecht.

In einer 1991 von ai herausgegebenen Informationsbroschüre hieß es: "Als Peter Benenson vor dreißig Jahren seine Initiative zugunsten der 'vergessenen Gefangenen' startete und damit den Grundstein für ai legte, hoffte er nicht, die ganze Welt verändern zu können." Benenson wollte eine breitere Öffentlichkeit gegen politische Repressionen mobilisieren. "Dieses Ziel war und ist der Kern aller ai-Arbeit." In derselben Broschüre betonte ai, dass sie den "inneren Zusammenhang aller Menschenrechte" durchaus sehe. "Deshalb achtet sie das Engagement anderer nicht gering." Aber im komplexen Zusammenhang aller Menschenrechte arbeitet ai mit einem "klar umrissenen Arbeitsauftrag", nämlich mit dem Auftrag, sich für einzelne verfolgte Menschen einzusetzen. "Dieser klar umrissene Auftrag ist der Beitrag der Organisation zur Verwirklichung aller

Menschenrechte."¹ Gewiss ist es legitim, innerhalb eines Netzwerks von geistig verwandten Kooperationspartnern Arbeitsschwerpunkte zu setzen, denn eine einzelne Organisation wie ai, die Gesellschaft für bedrohte Völker, der BUND oder Eurosolar kann nicht für 'alles' zuständig sein. Andererseits dürften sich die Menschenrechte – anders als Peter Benenson seinerzeit dachte – nicht ohne das gleichzeitige Bestreben verwirklichen lassen, "die ganze Welt zu verändern".

2. ai unter den Bedingungen der Globalisierung

In den Jahrzehnten des Kalten Krieges hat sich die kapitalistische Weltökonomie in einem rasanten Tempo fortentwickelt und dabei das Gesicht der Welt erst einmal in einer ganz anderen Weise verändert. Seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums beschleunigt sich das Tempo der Globalisierung offenbar noch mehr, so dass die Grenzen der individuellen Gefangenenhilfe ebenso deutlich werden wie neue Gefahren für die Menschenrechte. Opfer von Menschenrechtsverletzungen sind längst nicht mehr nur menschliche Individuen und Gruppen, die in diktatorisch regierten Ländern gefangen, gefoltert und verschleppt werden. Opfer sind auch Frauen, Männer und Kinder, die für Billiglöhne auf Plantagen und in Konzernniederlassungen arbeiten; Textilarbeiterinnen, deren Gesundheit in mittelamerikanischen Maquilas zerrüttet wird; Straßenkinder in den Slums der Megastädte, die den Müll der Wohlhabenden nach Verwertbarem durchsuchen und die von Todesschwadronen und Sicherheitskräften misshandelt oder gar ermordet werden; Gewerkschaftler in Südkorea, deren Proteste gegen die soziale Polarisierung gewaltsam niedergeschlagen werden.

Die Auseinandersetzung mit diesen neueren Entwicklungen innerhalb von ai spiegelt sich in der Broschüre "Menschenrechte – Herausforderung und Verpflichtung für die Wirtschaft" wieder, die ai im Jahr 2000 herausgegeben hat. Sie enthält Beiträge zum Kongress "Zukunft für die Menschenrechte", den ai im Dezember 1998 zum

50. Jahrestag der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" in der Frankfurter Paulskirche veranstaltet hat. Dieser Broschüre ist ein Ausspruch von Mary Robinson, der Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, vorangestellt. Darin heißt es u.a.: "Vor 50 Jahren mag man noch nicht gesehen haben, zu welcher Macht und zu welchem Einfluss es Unternehmen in dieser Welt bringen werden. Doch man hat erkannt, dass die Wirtschaft als Teil der menschlichen Gemeinschaft ihre Macht mit Rücksicht auf die Menschenrechte gebrauchen soll."²

Dieser Leitsatz von Mary Robinson deutet an, dass ai ihre Tätigkeit angesichts der Verlagerung der Gewichte von den Staaten auf die multinationalen Unternehmen neu ausrichtet und den ursprünglichen "klar umrissenen" Auftrag erweitert. Mit der Globalisierung "... ändern sich auch die Rahmenbedingungen für Menschenrechtsorganisationen wie ai. ... Notwendigerweise ist der ökonomische Sektor stärker ins Blickfeld der Tätigkeit von ai gerückt", schreibt dementsprechend Mathias John als Sprecher des "Arbeitskreises Wirtschaft, Rüstung und Menschenrechte" der deutschen ai-Sektion.³ Nicht mehr nur die Staaten und ihre Regierungen werden nunmehr von ai als zuständig für die Einhaltung der Menschenrechte angesehen, sondern auch die Unternehmen tragen dafür eine wachsende Verantwortung. Wie könnten die Unternehmen veranlasst bzw. gedrängt werden, diese Verantwortung für die Menschenrechte auch tatsächlich wahrzunehmen? Als vorläufige Antwort auf diese Frage hat ai "Menschenrechtsgrundsätze für Wirtschaftsunternehmen" formuliert.⁴ Neben gesetzlichen Regelungen geht es dabei vor allem um die Entwicklung von "einheitlichen Verhaltenskodizes mit rechtlicher Verbindlichkeit und unabhängigen Kontrollen" mit den folgenden Eckpunkten:

- Einbeziehung der Menschenrechte in die Unternehmenspolitik
- Schutz der Menschenrechte bei Sicherheitsmaßnahmen von Unternehmen
- Schutz vor Diskriminierung
- Schutz vor modernen Formen der Sklaverei
- Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz

- Gewährleistung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen
- Gewährleistung gerechter und sicherer Arbeitsbedingungen
- Gesellschaftliches Engagement für Schutz und Förderung der Menschenrechte
- Überprüfung der Einhaltung von Verhaltenskodizes und internationalen Menschenrechtsstandards.⁵

Bei all dem handelt es sich um eine Rückbesinnung auf die unteilbare Ganzheit der Menschenrechte – auf die politischen Menschenrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf Schutz vor Haft und Folter, wofür sich ai von Anfang an eingesetzt hat, und auf die sozialen und kulturellen Menschenrechte, die auch bereits 1948 in die "Allgemeine Erklärung" Eingang fanden (§17 Schutz des Eigentums; § 23 Rechte auf Arbeit, Boden und gerechten Tausch; § 23.3 Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung). Doch wessen Eigentum ist eigentlich schützenswert? Welche Arbeit ist sinnvoll oder eher fragwürdig? Kann der Boden Privateigentum sein? Was sind gerechte Arbeitsbedingungen und was ist eigentlich ein gerechter Tausch? Was ist eine angemessene Entlohnung? Verlangt nicht auch das Kapital eine 'angemessene' Verzinsung?

Auf dem erwähnten Menschenrechtskongress 1998 in Frankfurt, auf dem sich ai um einen Dialog mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Unternehmen und Wirtschaftsverbänden sowie mit den Gewerkschaften bemühte, blieben solche weitergehenden Fragen offen bzw. sie wurden noch gar nicht gestellt. Es ging erst einmal vorrangig um die Verhaltenskodizes, zum Beispiel für die Produktion von Textilien oder Spielzeug und für den Blumenhandel sowie um den Kampf gegen Kinderarbeit.

2.1 Zum Dialog mit den Unternehmen

Die Abteilung Außenwirtschaftspolitik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) hat auf dem Frankfurter Kongress fünf Eckpunkte zum Thema "Außenwirtschaft und Menschenrechte" vorgelegt. Darin vertritt der BDI den

Grundsatz "Wandel durch Handel". Die Globalisierung sei ein Motor der Ausbreitung von Wohlstand auch in Entwicklungs- und Schwellenländern. Im Windschatten dieses Wohlstands würde auch ein Übergang von autoritären Regierungsformen zur Demokratie begünstigt. Länder, in denen Menschenrechte missachtet werden, seien durch einen freien Handel besser auf den Weg der Achtung der Menschenrechte zu bringen als durch Handelsembargos und Wirtschaftsanktionen. Ähnlich wie der BDI vertritt auch der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) die These, dass Menschenrechte "auch gut für das Geschäft" seien. Doch warum wehren es die Unternehmen als "kontraproduktiv" ab, freiwillig akzeptierte Verhaltenskodices verbindlich zu machen? Und warum bestehen sie darauf, konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen "unspektakulär" zu behandeln? Offensichtlich wegen "möglicher negativer Konsequenzen für die Unternehmensinteressen".⁶ Mathias John zufolge sind nur bei rund 11% der Verhaltenskodices wirklich externe Überwachungsmechanismen vorgesehen. In den allermeisten Fällen handele es sich bei den freiwilligen Kodices um "Lippenbekenntnisse ohne praktische Auswirkungen" und um "taktische Maßnahmen zur Beruhigung der Kritiker/innen"⁷, also um PR-Maßnahmen, die das Image der Unternehmen aufbessern sollen wie Maßnahmen in anderen Bereichen der 'Unternehmensethik' oder des Kultursponserings. Gegen die Behauptung der Unternehmen und Wirtschaftsverbände, dass die Globalisierung die Lage der Menschen verbessere, spricht jedoch die Erfahrung, dass sich die Kluft zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden im Laufe der letzten 30 Jahre eher vergrößert statt verkleinert hat.

Unternehmen sind in der kapitalistischen Weltökonomie in erster Linie auf die Maximierung der Kapitalrentabilität ausgerichtet. Dementsprechend geht es auch primär um die Rechtssicherheit von (Auslands-)Investitionen und erst sekundär um die Rechtssicherheit von Mensch und Natur. Unmissverständlich schrieb der frühere BDI-Chef Hans-Olaf Henkel in seinem Buch "Jetzt oder nie": "Die Globalisierung kennt keine Sentimentalitäten und es gibt keine

Alternative zu ihr." Henkel beklagte das "niedrige Niveau der in Deutschland erzielten Gewinne", zu hohe Unternehmenssteuern und die "ungezügelt hohen Arbeitskosten". Arbeit sei nur gegen Lohn(zuwachs)verzichte zu bekommen und gegen existenzielle Risiken müsse verstärkt private Vorsorge getroffen werden.⁸ Es fragt sich, warum Henkel dennoch Mitglied einer Organisation wie ai ist, der es um solche "Sentimentalitäten" geht wie die Achtung von Menschenrechten. Der Dialog mit den Unternehmen, den ai auch in den sog. "business clubs" führt, ist einerseits notwendig. Andererseits ist er vielleicht auch eine Gratwanderung, bei der in ähnlicher Weise auf die Unabhängigkeit von ai zu achten ist wie früher auf die Neutralität gegenüber rechten und linken Diktaturen.

2.2 Zum Dialog mit den Gewerkschaften

Auf dem Menschenrechtskongress in Frankfurt 1998 sprach Wilhelm Adamy vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu der Frage "Globalisierung – Chance oder Gefahr für soziale Menschenrechte?" Verlautbarungen aus Gewerkschaftskreisen klingen im allgemeinen arbeitnehmerfreundlich und kapitalkritisch. Das entspricht der historischen Rolle der Gewerkschaften als organisierter Gegenmacht zur Macht des Kapitals. Nachdem Kapital und Arbeit für längere Zeit zu einer friedlichen Koexistenz in Gestalt der sog. Sozialpartnerschaft gefunden hatten, ist die gewerkschaftliche Gegenmacht inzwischen im Zuge der Globalisierung von der Macht des Kapitals sehr in die Defensive gedrängt worden. Das permanente Sägen an Flächentarifverträgen ist ein Zeichen für die Schwächung des Faktors Arbeit, die wesentlich durch die Konkurrenz der sog. Billiglohnländer mitbedingt ist.

Entsprechend moderat und angepasst statt kämpferisch wirkt deshalb auch die Haltung von Wilhelm Adamy: "Alle Regierungen und ihre Sozialpartner betrachten weltweiten Wettbewerb und Wirtschaftswachstum als zwar notwendige, jedoch nicht hinreichende Voraussetzung für den sozialen Fortschritt der Menschheit und die

Überwindung von Armut. Flankierend hinzukommen muss eine aktiv gestaltende Sozial- und Gesellschaftspolitik, die ein gewisses Maß an Gleichheit und Teilhabe aller an den Früchten des gemeinsamen Wirtschaftens gewährleistet." Bezeichnenderweise spricht Adamy von einem "Gleichlauf von Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt".⁹ Das heißt im Klartext: Die Gewerkschaften fügen sich im Grundsatz der Vorherrschaft des Kapitals; sie akzeptieren permanentes Wirtschaftswachstum als eine 'Notwendigkeit' und begnügen sich mit sozialpolitischen Reparaturen der schlimmsten Schäden, die die kapitalistische Wirtschaft anrichtet. Dass die Gewerkschaften in Wirklichkeit gar kein "gewisses Maß an Gleichheit" mehr anstreben, zeigt auch die Äußerung Adamys zur Situation in der Dritten Welt: "Die komparativen Vorteile der Entwicklungsländer sollen keinesfalls angefasst, aber gravierende Verletzungen elementarer Grundrechte der Arbeitswelt ... möglichst verhindert werden."¹⁰ Statt um einen Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles geht es nur noch um die Verhütung von "gravierenden" Menschenrechtsverletzungen. Die gegenwärtige Ohnmacht der Gewerkschaften zeigt sich schließlich in ihrer bescheidenen Minimalforderung nach einer "Sicherung des Existenzminimums".¹¹

Freilich – wenn man bedenkt, dass gegenwärtig mehr als 800 Millionen Menschen auf der Welt chronisch an Hunger leiden und täglich 24.000 an Unterernährung sterben¹², wäre schon die Erfüllung der gewerkschaftlichen Minimalforderungen ein großer Fortschritt – ebenso wie die Einschränkung der Kinderarbeit und der Frauen- und Rassendiskriminierung. Ungewiss bleibt jedoch die gewerkschaftliche Unterstützung für eine weitergehende Menschenrechtspolitik. Wäre zuguterletzt von den Grünen mehr zu erwarten? Als deren Beauftragter für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt vertritt der ehemalige DDR-Oppositionelle Gerd Poppe die Ansicht, dass Menschenrechts- und Wirtschaftsinteressen "kein notwendiger Gegensatz" sind. Die Menschenrechtsverletzungen haben nach seiner Ansicht zwar "völlig inakzeptable Ausmaße"; aber Poppe ist zuversichtlich, dass "diese Gefahren durch ein Netz

weltumspannender gemeinsamer Wertvorstellungen eingefangen und der Globalisierung dadurch ein 'menschliches Antlitz' gegeben werden könne."¹³

2.3 Unzureichender Blick auf den Finanzsektor

Während ihrer zweiten Entwicklungsphase bekam ai die ökonomischen Untergründe der Politik deutlicher ins Blickfeld als während ihrer ersten Entwicklungsphase – aber noch immer nicht deutlich genug: Die 1998 verabschiedeten Menschenrechts-Grundsätze "befassen sich ausschließlich mit den Verpflichtungen von Unternehmen" ... und noch nicht mit den Finanzinstitutionen. Eine 1997 während der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Hongkong abgegebene Stellungnahme von ai verrät eine Hilflosigkeit gegenüber diesen beiden Finanzinstitutionen und erst recht gegenüber der Finanzwelt als Ganzes. "Es gilt zu verhindern", so heißt es in der ai-Stellungnahme zu IWF und Weltbank, "dass die Menschenrechte den Bemühungen um Liberalisierung, Wettbewerbsvorteile und um wirtschaftliche Entwicklung geopfert werden. ... Ein wichtiges Mittel, über das multinationale Unternehmen und Finanzinstitutionen Menschenrechte sichern können, ist die umfassende Konsultation mit den direkt Betroffenen, mit Aktivisten und NGOs über die möglichen Folgen ihrer Entscheidungen für die Menschenrechte."¹⁴

Die bisherige einseitige Fixierung des Blicks von ai auf die Unternehmen führt dazu, dass die Verletzungen von Menschenrechten durch Arbeits- und Landlosigkeit, Genitalverstümmelung, Mädchen- und Frauenhandel noch zu wenig beachtet werden. Und darüber hinaus behindert sie eine genauere Wahrnehmung der Entwicklung auf den internationalen Finanzmärkten, die sich im Laufe der 1980er und 1990er Jahre gegenüber dem realwirtschaftlichen Unternehmensbereich immer mehr verselbständigen haben. So blieben auch die finanziellen Sachzwänge weitgehend unbeachtet, in denen sowohl die Gewerkschaften als auch die Unternehmen gefangen sind. Sie begrenzen die Spielräume für "umfassende Konsultationen" ebenso wie für die Einhaltung von

Verhaltenskodices. Und der Forderung von Mary Robinson an die Wirtschaft, sie solle ihre Macht mit Rücksicht auf die Menschenrechte gebrauchen, lässt sich die Frage entgegenhalten, ob nicht die wirtschaftliche Machtballung an sich schon eine Verletzung der Menschenrechte darstellt.

Hans-Peter Martin und Harald Schumann haben in der Mitte der 1990er Jahre darauf hingewiesen, dass mittlerweile "allein das Urteil der professionellen Geldvermehrter zählt, die sich wie eine 'elektronisch gerüstete Armee' 24 Stunden am Tag ein globales Rennen um die beste Finanzanlage liefern."¹⁵ Im Alltag der multinational verflochtenen Banken und Konzerne geht es immer weniger um die Verwaltung von Spareinlagen und um die Vergabe von Krediten für die Produktion von Gütern und Diensten, sondern immer mehr um den spekulativen Handel mit Finanzdienstleistungen. Multinationale Unternehmen wie zum Beispiel Siemens 'verdienen' mit Finanzanlagen mittlerweile sehr viel mehr Geld als mit der Güterproduktion. Der Politologe Elmar Altvater spricht von einer "geradezu explosionsartigen Entwicklung des Handels mit Finanzdienstleistungen" und der Soziologe Franz-Xaver Kaufmann zog die folgende Zwischenbilanz dieses take-offs der internationalen Finanzmärkte: "Der Finanzsektor ist der am stärksten wachsende Sektor der Weltwirtschaft. ... Zwischen 1990 und 1995 stieg die weltweite Güterproduktion um ein Drittel, die Exporte vermehrten sich um die Hälfte, die Umsätze auf den Finanzmärkten stiegen dagegen um 230%. Bezogen auf das Jahr 1972 hat sich die Weltproduktion verachtfacht und das Volumen der Exporte verdreizehnfacht – die Umsätze auf den Finanzmärkten sind dagegen um das 43-fache gestiegen."¹⁶

Der Umbau der Welt zu einem globalen Spielcasino setzt sich trotz mancherlei Turbulenzen an den Börsen bis in die Gegenwart fort. Ein weiterer Zahlenvergleich lässt erahnen, welches Ausmaß die Dominanz des Finanzsektors gegenüber dem Realsektor inzwischen erreicht hat: "Nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank setzen die Börsen der Welt täglich mehr als 1.500 Milliarden US-Dollar um. Rund 30-40 Milliarden US-Dollar würden genügen, um alle

Waren und Dienstleistungen zu bezahlen, die weltweit pro Tag bezahlt werden müssen. Die verbleibenden 1.460 Milliarden US-Dollar sind reines Spekulationskapital. Sie vagabundieren jeden Tag von einer Anlage zur nächsten, unkontrollierbar und nur auf der Suche nach höheren Renditen."¹⁷ Das heißt mit anderen Worten: 2-3% dieser Geldflüsse würden ausreichen, um den Welthandel mit realen Gütern und Diensten zu finanzieren. Über diesem vergleichsweise winzigen realwirtschaftlichen Bereich türmt sich ein riesiger spekulativer Bereich auf, der einen starken Einfluss auf das Geschehen im realwirtschaftlichen Bereich ausübt.

Alle zweifellos sinnvollen Überlegungen von ai und anderen Menschenrechtsgruppen über freiwillige oder verbindliche Verhaltenskodices und Kontrollen von deren Einhaltung beziehen sich bislang also nur auf einen relativ kleinen Ausschnitt aus dem weltwirtschaftlichen Gesamtgeschehen. Und solange der Blick auf die Unternehmen als Bereich der äußerlich sichtbaren Symptome der zerstörerischen kapitalistischen Weltökonomie konzentriert bzw. beschränkt bleibt, können die in Strukturen des Geldes und der Finanzinstitutionen liegenden tieferen Ursachen von Menschenrechtsverletzungen und Demokratietiefdefiziten ungehindert weiterwirken.

Zudem besteht der dominierende Finanzsektor nicht nur aus dem IWF und der Weltbank, die ai bislang in die "umfassenden Konsultationen" einbeziehen möchte. IWF und Weltbank sind zwar große und einflussreiche Akteure auf den internationalen Finanzmärkten, aber nur zwei von vielen. Dazu gehören die Zentralbanken und die Geschäftsbanken, die Fondmanager und die Analysten. Und nicht zuletzt gehören wir auch selbst dazu – nämlich als Inhaber von Sparbüchern oder Wertpapieren mit unseren Erwartungen, dass unsere eigenen Anlagen zinsbringend verwaltet werden. Anstelle von Feindbildern, die einzelne Gruppen der Gesellschaft wie die Banken und Fondmanager, die Arbeitslosen und die Ausländer oder die Amerikaner und Muslimen zu Sündenböcken abstempeln, bedarf es also der Bereitschaft jedes/r Einzelnen, eigene Denkgewohnheiten und Verhaltensweisen zu ändern.

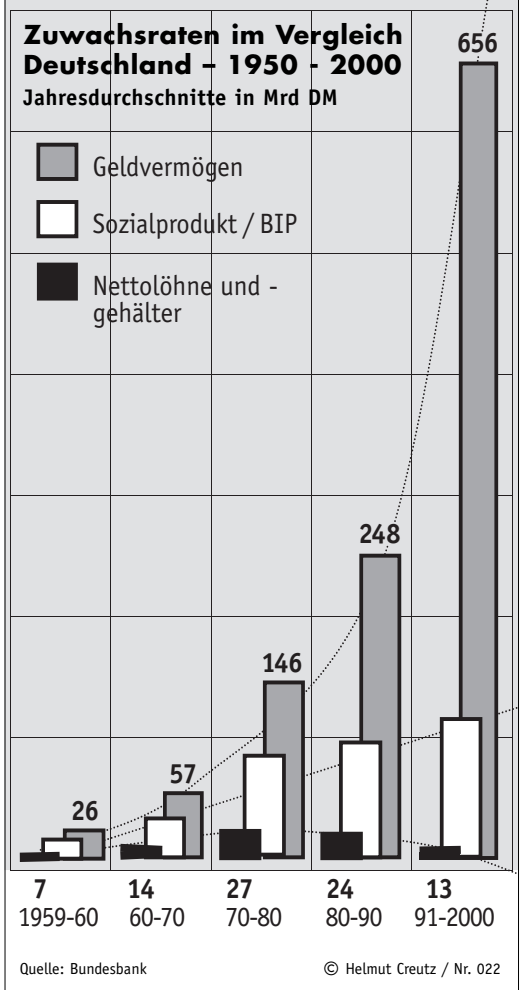
3 Die Dynamik der internationalen Finanzmärkte und Ansätze zu ihrer kontrollierten Bremsung

Eine wesentliche Triebkraft für den take-off der Finanzmärkte liegt in dem exponentiellen Wachstum der rentabel angelegten Geldvermögen durch den Zins und Zinseszins. Wie beim krankhaft exponentiellen Wachstum von Tumorzellen haben sich in Westeuropa und in Nordamerika monetäre Tumoren gebildet – anfangs noch langsam und fast unmerklich, im Laufe der Zeit aber immer schneller und mit weltweiten Metastasen. Die Akkumulation von Geldkapital zog eine Akkumulation von Realkapital nach sich, so dass sich anstelle eines Leistungswettbewerbs auf freien Märkten eine rücksichtslose Verdrängungskonkurrenz auf Mono- und Oligopolmärkten ausbreitete. Mit hierarchischen Betriebsformen und naturbeherrschenden Technologien wurden die Unternehmen in der Landwirtschaft und im Handwerk, in der Industrie, im Handel und im Bankwesen zu Durchgangsstationen der Geldvermögen auf den Wegen ihres weiteren tendenziell grenzenlosen Wachstums. Den dafür erforderlichen Zugriff auf den Boden und die natürlichen Ressourcen gewährleistete der Eigentumsbegriff des herrschaftlichen "dominiums" anstelle eines haushälterischen "patrimoniums"¹⁸; er machte den Boden und die Bodenschätze zu Handelswaren und zu Spekulationsobjekten.

Über den Zins und Zinseszins (in zweiter Linie auch über eine ungerechte Besteuerung) wurden Einkommen von den Ärmern zu den Reichen umgeschichtet mit der Folge, dass im Gleichschritt mit dem Wachstum der Geld- und Sachvermögen in den Händen von Minderheiten auch die Schulden der Ärmern zunahm. Infolgedessen gerieten nicht nur die Länder der Dritten Welt in die Schulden- und Zinsfalle, sondern auch Privathaushalte, Unternehmen und Staaten im Norden.

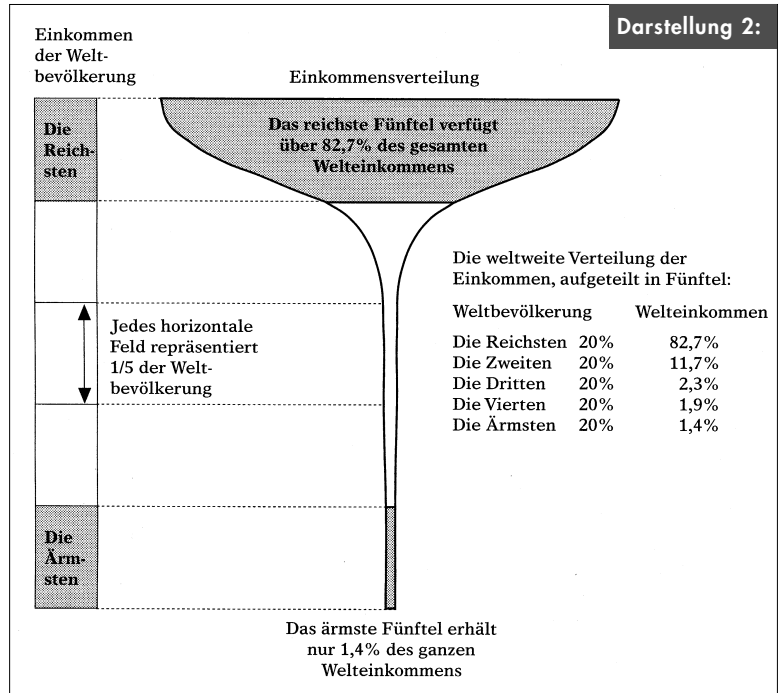
Die Polarisierung von Armut und Reichtum schreitet sowohl innerhalb der Industrieländer als auch global voran. Die Situation in Deutschland lässt sich mit Hilfe einer Grafik von Helmut Creutz veranschaulichen¹⁹:

Darstellung 1:



In den USA "überstiegen die Erträge aus Kapitaleinlagen Mitte der 1980er Jahre erstmals die Einkünfte aus Löhnen und Gehältern. Ein Fünftel der Bevölkerung verdient mehr als die übrigen vier Fünftel. ... Die Mittelklasse schrumpft, die Gesellschaft polarisiert sich."²⁰ Ungewöhnlich ist, dass ein Kreis von superreichen US-Bürgern sich kürzlich in einer Petition gegen die Pläne von Präsident Bush gewandt hat, die Erbschaftsteuer abzuschaffen – aus Angst, das Wohlstandsgefälle innerhalb der USA könne dadurch noch steiler werden und in einem gesellschaftlichen Kollaps enden.²¹

Wie ungleich die Einkommen und Vermögen im globalen Maßstab verteilt sind, zeigt eine Grafik aus dem Buch "Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft von Ulrich Duchrow.²² Danach verfügen die reichsten 20% der Weltbevölkerung über mehr als 80% des Welteinkommens, während das ärmste Fünftel der Weltbevölkerung nur 1,4% des Welteinkommens erhält. Rund 1,2 Milliarden Menschen leben in absoluter Armut und müssen täglich mit weniger als einem einzigen Dollar auskommen.²³



Schlaglichter auf die globale Verteilung von Einkommen und Vermögen warfen einige von den Vereinten Nationen veröffentlichte Zahlen. Demnach hatten 1996 die 358 reichsten Menschen auf der Erde ein Vermögen angehäuft, das dem Jahreseinkommen von 45% der gesamten Menschheit entsprach. Dem Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) zufolge ging es den Menschen in etwa 85 Ländern der Erde entgegen allen Behauptungen der Befürworter der Globalisierung 1999 schlechter als noch vor zehn Jahren: "Das Vermögen der drei reichsten Menschen der Welt übertrifft das Bruttoinlandsprodukt der am wenigsten entwickelten Länder, die zusammen 600 Millionen Einwohner zählen."²⁵

Unter den Bedingungen einer derart ungleichmäßigen Verteilung der Einkommen und Vermögen kann es nicht überraschen, dass Demokratie und Menschenrechte überall auf der Welt einen schweren Stand haben. "Häufig finden Menschenrechtsverletzungen dort statt, wo die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander klappt", stellte Mathias John 1998

auf dem ai-Menschenrechtskongress fest.²⁶ Besonders weit ist diese Schere in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas geöffnet, wo schon seit vorkolonialen und kolonialen Zeiten extreme Gegensätze zwischen reichen feudalen Oberschichten und verarmten bzw. verletzten Bevölkerungsmehrheiten bestehen. Zudem fehlen diesen Ländern häufig eigene Traditionen eines Humanismus und einer Aufklärung als Quelle von Leitbildern für ein Menschenrechtsbewusstsein und für eine Demokratie. Doch wie sollen Demokratie und Menschenrechte in diesen Ländern überzeugen, wenn sie mit derart ungeheuerlichen Ungerechtigkeiten einhergehen?

Wenn Gewerkschaftler wohlmeinend ein "Recht auf Entwicklung" für die Drittweltländer proklamieren, bleibt freilich die Frage noch zu klären, ob der Planet Erde ihre "Entwicklung" nach kapitalistischem Muster überhaupt noch ertragen könnte. Stattdessen bedarf es vielleicht eines nicht länger auf Geldvermögensmehrung und Wachstum beruhenden Entwicklungsmodells – und zwar nicht nur für den Süden, sondern auch für den Norden.

Trotz aller Vorsprünge der Länder Westeuropas und Nordamerikas in der Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten lässt sich nicht übersehen, dass auch diese Länder aufgrund der Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht in den Händen von Minderheiten noch in einem Stadium der Herrschaft von Parteioligarchien steckengeblieben sind. Noch sind die Hoffnungen der Französischen Revolution auf die Entstehung einer egalitären Bürgergesellschaft mit einem Rechtsstaat und freien Märkten unerfüllt, denn stattdessen haben sich vorerst 'nur' vermachtete Märkte und Rechtsstaaten gebildet, in denen das Recht noch immer von der Macht des Geld- und Realkapitals durchgesetzt ist und in zunehmendem Maße davon sogar zersetzt wird. Und solange die Macht des Geldes fortbesteht, brauchen die Industrieländer des Nordens pseudodemokratische oder gar totalitäre Strukturen der Politik im Süden, um den Zugriff auf billige Rohstoffe und Arbeitskräfte zu sichern und damit das Nord-Süd-Gefälle zum eigenen Vorteil zu stützen. Die von ihnen auf die übrige Welt ausgehende strukturelle Gewalt provoziert Ausbrüche von offener Gegengewalt, bis sich Gewalt und Gegengewalt unentwirrbar verwickeln.

Inzwischen sind sich selbst Fachleute in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft der Stabilität des babylonischen Weltfinanzturms nicht mehr sicher. Aber statt darüber nachzudenken, wie sich das weitere rasante Wachstum dieses Turms bremsen ließe, halten sie es für ausreichend, ihn mit einer neuen 'Finanzarchitektur' etwas sturmfester zu machen. "Die goldene Regel eines künftigen Finanzsystems muss Transparenz sein", meinte der frühere IWF-Direktor Michel Camdessus.²⁷ Erst nach seiner Pensionierung fand der frühere Direktor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Alexandre Lamfalussy, den Mut zur öffentlichen Äußerung seiner Ängste vor einer "Zerbrechlichkeit" des internationalen Finanzsystems.²⁸

Als über die notwendige Schaffung von Transparenz hinausgehende Möglichkeiten zur Stabilisierung des Finanzsystems stehen zur Diskussion: Kontrollen des Kapitalverkehrs wie in Malaysia, die Einführung einer Tobin-Tax zur Erschwerung kurzfristiger Kapitaltransfers (auch in

einer von Hans-Peter Spahn modifizierten Form) und ein Schuldenerlass wenigstens für die ärmsten der armen Länder nach den Vorstellungen der Kampagne "Erlassjahr 2000", die außerdem für ein neues internationales Insolvenzrecht und für die Einrichtung von sog. "Gegenwertfonds" eintrat. Solche Maßnahmen könnten unter Umständen kleine Schritte in die richtige Richtung sein, die auch jene "Mischung von Methoden" unterstützen könnten, die Sieglinde Weinbrenner auf dem Frankfurter ai-Menschenrechtskongress zur besseren Durchsetzung der Menschenrechte empfahl: Festhalten an der Verantwortung der Staaten für die Menschenrechte und individuelle Gefangenenhilfe wie in der ersten Phase von ai und Verhaltenskodices für Unternehmen wie in der zweiten Phase von ai.²⁹

Aber die Dynamik der internationalen Finanzmärkte brodeln mittlerweile wie der "Süße Brei" in der gleichnamigen Fabel der Gebrüder Grimm und gefährdet die Menschenrechte immer mehr. Deshalb dürften alle diese Methoden und Maßnahmen nicht ausreichen, um diese Dynamik der internationalen Finanzmärkte wirksam unter Kontrolle zu bringen und zu bremsen. Ergänzend bedarf es dazu auch noch einer Überwindung der strukturellen Macht des Geldes, sich noch weiter durch den Zins und Zinseszins exponentiell zu vermehren, dabei die Gräben zwischen Armut und Reichtum noch weiter zu vertiefen und die Menschheit in sich bekämpfende Gruppen zu spalten. Für die Entwicklung einer Konzeption zur Entmachtung des Geldes, zur dauerhaften Senkung des Zinsniveaus gegen Null und zur Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes hat Silvio Gesell schon in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts Grundlagen gelegt, die John Maynard Keynes sehr ernst genommen hat, die aber von der übrigen ökonomischen Fachwissenschaft nicht beachtet wurden. In der jüngeren Vergangenheit haben Helmut Creutz, Dieter Suhr, Margrit Kennedy, Bernd Senf und andere dieses Modell einer 'Marktwirtschaft ohne Kapitalismus' weiterentwickelt.³⁰ Angelegt, aber noch nicht genügend entfaltet sind in diesem Modell Ansätze zur Dezentralisierung der Geld- und Realkapitalvermögen, die eine Voraussetzung für die Verwirklichung von sozialen Menschenrechten in

einem durchaus auch globalen Netzwerk von gleichrangigen Regionen wäre.³¹ Und für den Ausgleich der weltweiten Gläubiger-Schuldner-Beziehungen gibt es Gesells Vorschlag einer "Internationalen Valuta-Assoziation" und Keynes' 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods leider abgelehnten "Bancor-Plan".³² Statt eines Wechselkursfixsystems mit dem Dollar als internationaler Leitwährung hatte Keynes die Einrichtung einer "International Clearing Union" empfohlen, die die Devisenbilanzen mit Hilfe einer neutralen Kunstwährung "Bancor" ausgleicht, indem nicht nur die Schulden, sondern auch Guthaben auf den Konten der Mitgliedsländer mit einer Gebühr belastet werden.

Solche weiterreichenden Überlegungen zur Entschleunigung der Finanzmärkte gehen bislang noch über die Grundlagen des Einsatzes von ai für die Menschenrechte hinaus. In einem weiteren wichtigen Punkt berühren sich aber die Menschenrechtsbewegung und die Bewegung für eine Reform der Geld- und Bodenordnung. Im Gegensatz zum herrschenden Verständnis von Eigentum hat Silvio Gesell nämlich auch bereits den gleichberechtigten Zutritt aller Menschen zum Boden und zu den natürlichen Ressourcen als "Punkt eins aller Menschenrechte" betrachtet: "Die Erde gab Er den Menschenkindern. Er gab sie nicht den Amerikanern und nicht den Mongolen, der Menschheit gab Er sie. ... Den Schwarzen, den Roten, den Gelben, den Weißen – allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt. ... Die ganze Erde, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Organ jedes einzelnen Menschen. Dürfen wir nun gestatten, dass einzelne Menschen Teile dieser Erde, Teile von uns selbst, als ausschließliches und ausschließendes Eigentum in Beschlag nehmen, Zäune errichten und uns ganze Glieder vom Leibe reißen? ... Mensch und Erde gehören zusammen. Nur mit Gewalt kann man den Menschen von einem Teil der Erde fernhalten. Und diese Gewalt ist Krieg, Raub und Mord."³³ Nach den Vorstellungen Gesells sollte jeder Mensch "ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und der körperlichen Verfassung" das unbeschränkte und unkontrollierte Recht haben, sich an jedem Ort seiner/ihrer Wahl anzusiedeln oder

weiter zu wandern. Und die Entgelte, die für private Nutzungsrechte am gemeinschaftlichen Boden zu zahlen sind, sollten als Grundsicherung an alle Frauen mit Kindern weitergegeben werden, ebenfalls ohne Rücksicht auf deren Herkunft, Religion und Hautfarbe.³⁴

Außerdem forderte Gesell unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg eine "Internationalisierung der Bodenschätze", die die späteren Kriege um Bodenschätze wie zum Beispiel den von ai untersuchten Krieg um das Öl im Sudan³⁵ möglicherweise verhütet hätte. "Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali, denn jeder Mensch, gleichgültig welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die 'englische Kohle', das 'amerikanische Erdöl' und das 'deutsche Kali'."³⁶ Entsprechend der Verwendung der Einnahmen aus der privaten Bodennutzung für soziale Zwecke müssten die Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Bodenschätzen in einen internationalen Fond fließen, aus dem Maßnahmen zum Schutz bzw. zur Renaturierung der Umwelt finanziert werden.

Ohne Bezug zu diesen älteren Vorüberlegungen zu einer Reform des Bodenrechts hat Sieglinde Weinbrenner auf dem Frankfurter ai-Menschenrechtskongress 1998 die "dramatische Kommerzialisierung aller natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser, Wälder, Saatgut etc." thematisiert – mittlerweile kommen auch noch die Gene hinzu. Es wäre wünschenswert, dass sich hieran an weiterführender Dialog zwischen der Bewegung für Menschenrechte und Demokratie und den Verfechtern einer Reform des Bodenrechts und des Geldwesens über die ganze Tragweite des §23 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" von 1948 anschließt.³⁷ Parallel zur individuellen Gefangenenhilfe und zur Entwicklung von Verhaltenskodizes für Unternehmen und zugleich darüber hinausgehend könnten beide Bewegungen gemeinsam überlegen, wie sich die Welt auch im Sinne von Peter Benenson so verändern ließe, dass sie von einem kapitalistischen Unfallort zu einem Ort für das Leben in Gerechtigkeit und Frieden wird, an dem Menschenrechtsverletzungen immer seltener und schließlich gar nicht mehr vorkommen.

Anmerkungen

- 1 amnesty international (Hg.), Eine Information über amnesty international. Bonn 1991, S. 20-21.
- 2 Zitat von Mary Robinson in: ai (Hg.), Menschenrechte – Herausforderung und Verpflichtung für die Wirtschaft, Bonn 2000, S. 5; dort zitiert nach dem Jahrbuch Menschenrechte 2000, Frankfurt 1999, S. 143.
- 3 Mathias John, Menschenrechte – Verpflichtung für die Wirtschaft in den Zeiten der Globalisierung, in: ai (Hg.), Menschenrechte ... (wie Anm. 2), S. 8.
- 4 S. 86-103 der in Anm. 2 angegebenen Broschüre.
- 5 Vgl. Mathias John ... (wie Anm. 2), S. 9-10 und 14.
- 6 BDI - Abteilung Außenwirtschaftspolitik, Außenwirtschaft und Menschenrechte – fünf Eckpunkte, in: ai (Hg.), Menschenrechte ... (wie Anm. 2), S. 49-51. - Michael Pfeiffer, Menschenrechte sind auch gut für das Geschäft, in: ai (Hg.), Menschenrechte ... (wie Anm. 2), S. 56-58.
- 7 Mathias John ... (wie Anm. 2), S. 12-13.
- 8 Hans-Olaf Henkel, Jetzt oder nie, 1998. S. 14, 22-25 und 36-37. - Vgl. auch Maria Mies und Claudia von Werlhof, Lizenz zum Plündern – das Multilaterale Abkommen über Investitionen MAI. Globalisierung der Konzernherrschaft und was wir dagegen tun können. Hamburg 1998. - Klaus Werner und Hans Weiss, Schwarzbuch Markenfirmen – Die Machenschaften der Weltkonzerne. Wien und Frankfurt 2. Auflage 2001. (www.deuticke.at)
- 9 Wilhelm Adamy, Globalisierung – Chance oder Gefahr für soziale Menschenrechte?, in: ai (Hg.), Menschenrechte ... (wie Anm. 2), S. 27-42, hier: S. 33.
- 10 Wilhelm Adamy ... (wie Anm. 2), S. 35.
- 11 Wilhelm Adamy ... (wie Anm. 2), S. 28.
- 12 Diese Zahlen nannte Bundespräsident Johannes Rau in seiner Ansprache zur Eröffnung der Welternährungskonferenz in Bonn; vgl. die Kieler Nachrichten vom 5. 9. 2001, S. 4.
- 13 Gerd Poppe, Menschenrechte und Wirtschaftsinteressen – neun Thesen, in: ai (Hg.), Menschenrechte ... (wie Anm. 2), S. 24-26.
- 14 Stellungnahme anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank am 23. September 1997 in Hongkong, in: ai (Hg.), Menschenrechte ... (wie Anm. 2), S. 62.
- 15 Hans-Peter Martin und Harald Schumann, Die Globalisierungsfälle – Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek bei Hamburg 1996, S. 76.
- 16 Elmar Altvater, Wettlauf ohne Sieger, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 2/1995, S. 194. - Franz-Xaver Kaufmann, Globalisierung und Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 18/1998, S. 8.
- 17 Wolfgang Kessler, Attac oder die Globalisierung von unten, in: Publik Forum Nr. 16/2001, S. 10. Vgl. auch den Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Januar 2002.
- 18 Hans Christoph Binswanger, Dominium und Patrimonium – Eigentumsrechte und -pflichten unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, in: Martin Held und Hans Georg Nutzinger, Eigentumsrechte verpflichtet, Frankfurt 1998, S. 126-142.
- 19 Arbeitsgruppe Gerechte Wirtschaftsordnung (Hg.), Gerechtes Geld – Gerechte Welt. Katalog zur Ausstellung mit Plakatmotiven und Erläuterungen. Boll 5. Aufl. 1999, Grafiken 3.9 und 4.3. (ISBN: 3-9806271-1-X)
- 20 Gert Raethel, Nach dem Sieg in der Wüste die Niederlage im Asphalttschungel, in: Der Tagesspiegel vom 29.12.1991.
- 21 laut DUCH Forum Nr. 5/2001, S. 14.
- 22 Ulrich Duchrow, Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Gütersloh und Mainz 1994, S. 14.
- 23 Heidemarie Wiczorek-Zeul, Die bittere Armut weltweit eindämmen, in: Das Parlament Nr. 16-17/2001, S. 14.
- 24 zitiert nach Helmut Creutz, Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. München: 5. Aufl. 2001, S.305.
- 25 zitiert nach der Frankfurter Rundschau vom 13. Juli 1999.
- 26 Mathias John, Menschenrechte ... (wie Anm. 2), S. 11.
- 27 Michel Camdessus, Elemente einer Finanzarchitektur, Interview mit dem Handelsblatt vom 16.7.1998.
- 28 Alexandre Lamfalussy, Financial Crisis in Emerging Markets – An Essay on Financial Globalisation and Fragility. New Haven und London 2000.
- 29 Sieglinde Weinbrenner, Was kann getan werden, um die sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte besser zu schützen?, in: ai (Hg.), Menschenrechte ... (wie Anm. 2), S. 19-23.
- 30 Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, in: Ges. Werke Bd. 11, Lütjeburg 1991. Vgl. dazu Werner Onken, Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung, Lütjeburg 1999. - Helmut Creutz, Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. München 5. Aufl. 2001. - Margrit Kennedy, Geld ohne Zinsen und Inflation – Ein Tauschmittel das jedem dient. München 4. Aufl. 1994. - Dieter Suhr, Die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus., Berlin 1986. - Dieter Suhr, Gleiche Freiheit, Augsburg 1988. - Dieter Suhr, Der Kapitalismus als monetäres Syndrom – Aufklärung eines Widerspruchs in der Marx'schen Politischen Ökonomie, Frankfurt 1988. - Bernd Senf, Die blinden Flecken der Ökonomie. München 2001.
- 31 Dirk Löhr, Das Verhältnis von Freiheitsbewegung und Gewerkschaftsbewegung, in: ZfSÖ 111. Folge 1996, S. 19-28. - Fritz Andres, Zur Zukunft der Unternehmensverfassung, in: Fragen der Freiheit Nr. 250/1999, S. 17-47. - Vgl. auch die kritische Sicht der Aktiengesellschaften von Hans Christoph Binswanger und seine Anregungen zur "Repersonalisierung" der Unternehmen in der in Anm. 18 zitierten Veröffentlichung auf den Seiten 140-141, Gerhard Scherhorn, Der Mythos des Privateigentums und die Wiederkehr der Commons, in: Adelheid Biesecker, Wolfram Elsner und Klaus Grenzdröffer (Hg.), Ökonomie der Betroffenen und Mitwirkenden – Erweiterte Stakeholder-Prozesse. Pfaffenweiler 1998, S. 36.
- 32 Näheres dazu bei Thomas Betz, Was der Euro soll und was eine internationale Währung wirklich sollte, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 117. Folge 1998, S. 39-43.
- 33 Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung ... (wie Anm. 30), S. 64 und 99-101; ders., Krieg und Bodenmonopol, in: Gesammelte Werke Bd. 3, Lütjeburg 1989, S. 323. - "Die Erde gehört allen Menschen. Ausnahmslos allen Menschen. Jedes Sonderrecht, das einzelnen Personen oder Völkern auf große oder kleine Teile der Erde an sich gerissen haben, ist ein Verstoß gegen das oberste aller Menschenrechte." (Silvio Gesell, in: Gesammelte Werke Bd. 14, S. 84.) - "Menschenrecht ist Frieden." (in: Gesammelte Werke Bd. 12, S. 62)
- 34 Vgl. Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung ... (wie Anm. 30), S. 72
- 35 ai, Die unumenschlichen Kosten des Öls, in: ai (Hg.), Menschenrechte ... (wie Anm. 2), S. 64-72. - Zur Rolle der Ressourcen als Streitobjekte in Bürgerkriegen und Wirtschaftskriegen vgl. den Abschnitt "Schmierige Geschäfte" in: Klaus Werner und Hans Weiss, Schwarzbuch Markenfirmen ... (wie Anm. 8), S. 117-146.
- 36 Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung ... (wie Anm. 30), S. 72. Vgl. auch die Bände 12 und 13 der Gesammelten Werke, S. 278-280 und 304 bzw. S. 92-94 und 145-147.
- 37 Fritz Andres, Für einen erweiterten Begriff von Nachhaltigkeit, und ders., Wieviel Erde braucht der Mensch?, in: Fragen der Freiheit Nr. 257/2001, S. 3-21 und 22-67. - Elisabeth Meyer-Renschhausen, Bodenrechtsreform – Von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: ZfSÖ 120. Folge 1999, S. 3-9. - Peter Conradi, Ein soziales Bodenrecht – eine ungelöste/unlösbare Aufgabe?, in: ZfSÖ 120. Folge 1999, S. 19-23.

Christian Böttcher:

Fundamentalismus und politisches Handeln

1 Zum Begriff

Die Fundamentalismus-Thematik ist nicht erst seit dem 11. September 2001 ins Blickfeld der breiten Öffentlichkeit geraten. Bereits um 1979 wurde die westliche Welt durch eine politische Entwicklung verunsichert, die mit fundamentalistischem Denken in engem Zusammenhang steht. Im Iran wurde die Willkürherrschaft des Schah ersetzt durch ein nicht minder gewalttätiges Regime einer geistlich-theokratischen Führungselite. Diese billigte und unterstützte eine über einjährige Geiselnahme US-amerikanischer Botschaftsangehöriger durch islamistische Studentengruppen. Nur wenige Jahre nach dem Vietnamkrieg erlitten die USA wiederum einen schweren außenpolitischen Gesichtungsverlust, welcher sich durch einen missglückten Befreiungsversuch noch verstärkte. Es schien, als ob sich neben bürgerlicher Demokratie und Kommunismus noch eine dritte ideologische Macht etablierte.

Der Fundamentalismus-Begriff ist aber älter und war ursprünglich nur Bezeichnung für eine radikale protestantische Strömung in Nordamerika, welche Anfang des 20. Jahrhunderts entstand. Die zentrale Publikation dieser Bewegung war die Schriftenreihe "The Fundamentals of Truth", an deren Namen sich auch der Begriff anlehnt. "The Fundamentals" richtete sich gegen die moderne Theologie und andere Wissenschaften, die angeblich der Bibel widersprachen. Insbesondere die Evolutionstheorie geriet ins Kreuzfeuer der Biblizisten und es gab zahlreiche Versuche, sie aus den Schulen zu verbannen. Weltweit Aufsehen erregte 1925 der so genannte Affenprozess in Dayton/Tennessee. Ein Biologielehrer wurde angeklagt, weil er im Unterricht die Evolutionstheorie vorgestellt hatte, was nach den Schulgesetzen von Tennessee verboten war. Juristisch wurde der Prozess von den Fundamentalisten zwar gewonnen. Dieser Sieg war aber praktisch eine Blamage für die Kläger, weil der Lehrer nur zu einer minimalen Geldstrafe ver-

urteilt wurde. Infolgedessen zogen sich die Bibelfundamentalisten für einige Jahrzehnte aus der Politik zurück in ihr eigenes Terrain. Dieses allerdings bauten sie zu einer beachtlichen Basis aus, was Medien und Bildungsanstalten betrifft. Und als in den siebziger Jahren die US-Abtreibungsgesetze liberalisiert wurden, konnten sie umso wirksamer wieder an die politische Öffentlichkeit treten. Folglich ist Fundamentalismus also nicht nur Bezeichnung für eine religiöse Haltung. Er ist nicht rein defensiv. Dies unterscheidet ihn von Orthodoxie und Traditionalismus. So haben die Amish-People, ein Ableger der mennonitischen Freikirche, zwar ebenfalls ein strikt wörtliches Bibelverständnis. Sie haben aber kein Interesse daran, auf die Politik Einfluss zu nehmen, und schaffen sich lediglich geschützte Räume für ihr Glaubensleben. Dies äußert sich nicht zuletzt in ihren besonders in Philadelphia verbreiteten Kolonien, die sie gegen moderne Technik möglichst abzuschotten versuchen. Somit wären die Amish-People als typische Traditionalisten einzustufen, während die politisch sehr aktive "Christian Coalition" eine der stärksten fundamentalistischen Organisationen in den USA darstellt. Fundamentalisten wollen also aktiv, um nicht zu sagen offensiv, auf Politik und Gesellschaft einwirken, während Traditionalisten sich von subjektiv schädlichen Einflüssen der modernen Welt abzugrenzen versuchen. Und es meistens bei der Abgrenzung belassen.

Wir assoziieren mit dem Begriff Fundamentalismus also zunächst Religion und betrachten ihn als ein in erster Linie religiöses Phänomen. Zweifellos gibt es aber auch im nichtreligiösen Denken Parallelen zur Argumentationsweise iranischer Mullahs oder militanter Abtreibungsgegner.

In Deutschland wurden mit "Fundamentalismus" zeitweilig ja auch profane und einstweilen belächelte ideologische Erscheinungen benannt. Die Partei der "Grünen" teilte man ein in einen "Fund"- und einen "Realo"-Flügel. Zum einen

zeigt sich hier ein nichtreligiöser Kontext des Fundamentalismus-Begriffs. Zum anderen wirft der Dualismus "Fundis versus Realos" nochmals die Frage auf, wogegen sich der Fundamentalismus eigentlich richtet. Haben alle Fundamentalismen, religiöse wie nichtreligiöse, einen gemeinsamen Gegner? Der wohl bekannteste deutsche Analytiker des Fundamentalismus-Phänomens, Thomas Meyer, bezeichnet dieses als einen Aufstand gegen die Moderne. Aber gibt es nicht auch fundamentalistische Ideologien, die zukunftsorientiert anstatt reaktionär sind? Fundamentalisten stehen, dem letztgenannten Begriffspaar zufolge, in Konkurrenz zu Realpolitikern. Und ebenso wie manche radikalen Christen scheinen sich Teile der Ökobewegung mit realen Erkenntnissen und Gegebenheiten nicht abfinden zu können.

Als Wesensmerkmale vorerst nur des religiösen Fundamentalismus halte ich fürs erste fest:

- Wortwörtliches Verständnis heiliger Schriften.
- Kompromissloses Festhalten an Dogmen.
- Abwehr gegen wissenschaftliche Erkenntnisse, die diesen Dogmen widersprechen.
- Ablehnung humanistischer und individualistischer Ethik, soweit sie nicht mit religiösen Dogmen übereinstimmt.

Areligiöse Formen des Fundamentalismus befragen sich zwar nicht auf göttliche Offenbarungen, sind aber von ihrem Selbstverständnis, ihren Heils- und Unfehlbarkeitsansprüchen her ähnlich.

2 Nichtreligiöser Fundamentalismus

Zu Zeiten der deutschen Teilung musste man als Bundesbürger vorsichtig im Sprachgebrauch sein, wenn man in die DDR reiste. Wer von Berlin-West nach Berlin-Ost fuhr, durfte am Grenzübergang auf keinen Fall sagen, dass er nach "Ostberlin" wolle. Denn es gab im SED-Weltbild offiziell ja nur "Westberlin" und "Berlin – die Hauptstadt der DDR." Die Feststellung des verwunderten Grenzgängers, dass es, wenn es ein Westberlin gäbe, auch ein Ostberlin geben müsse, ließen die DDR-Kontrollposten nicht gelten, ebenso wenig den Hinweis des Reisenden auf seinen Autokompass, nach dem er sich ein-

deutig in östlicher Richtung bewege. Die DDR wollte der Tatsache nicht ins Auge sehen, dass ihre Hauptstadt nur eine Halbstadt war. Das Nichtwahrhabenwollen selbst einfacher geographischer Realitäten ist eine typisch fundamentalistische Haltung. Mag dies heute ein Schmunzeln auslösen, so kann die Tragweite des Ableugnens von Tatsachen mitunter verheerend sein. Wenn Neonazis den Völkermord an Juden als nie geschehen hinstellen, implizieren sie damit zwei Schlussfolgerungen: "Also war der Nationalsozialismus human und sollte wieder aufleben." Die zweite, meistens heimlich propagierte Folgerung: "Der Holocaust hat nie stattgefunden, also muss er nachgeholt werden." Gesetzliche Verbote helfen da nicht, da sie die Vertreter solcher Thesen in dem Glauben bestärken, dass an ihnen was dran sein muss.

Innerhalb von Mauer- und Stacheldrahtgrenzen war also alles gut, außerhalb alles schlecht. Und außen lauerte ein aggressiver Feind, der die heile Welt nur zerstören wollte. Dies war der Fundamentalismus eines atheistischen Staates.

3 Reaktionärer und utopischer Fundamentalismus

Fundamentalismus wird allgemein mit rückwärtsgewandten Ideologien assoziiert und als gegen die Moderne gerichtet eingeschätzt. Dies liegt wohl daran, dass wir mit diesem Begriff zunächst religiöse Wurzeln verbinden. Und die meisten Weltreligionen sind ja im Altertum entstanden. Betrachten wir jedoch den Lebensstil heutiger Fundamentalisten, fällt uns nicht unbedingt eine Feindlichkeit gegenüber moderner Technik ins Auge. Moderne Kommunikationstechnologien werden, sofern sie der Verbreitung fundamentalistischer Ideen dienlich sind, bereitwillig genutzt. Dies unterscheidet sie wie gesagt von den Traditionalisten, welche grundsätzlich alle Erscheinungen der Moderne skeptisch beurteilen und diese nicht oder nur mit großer zeitlicher Verzögerung adaptieren.

Einige Fundamentalisten wollen auch gar keine alten Glaubenssätze verteidigen oder althergebrachte Gesellschaftsformen wieder errichten, sondern im Gegenteil utopische Ideen realisie-

ren. Der Marxismus etwa und seine orthodoxen Vertreter wollen dies heute noch, obwohl ihr Glaube an den Kommunismus auf Außenstehende eher prähistorisch wirkt, ähnlich überholt wie der wörtliche Glaube an den biblischen Schöpfungsbericht. Trotzdem sagen viele Neomarxisten, der wahre Sozialismus sei in Wirklichkeit nie aufgebaut worden, auch und gerade nicht in den früheren Ostblockländern.

Ein weiteres Beispiel für utopischen Fundamentalismus ist der Nationalsozialismus. Er hatte zwar einige archaische geistige Wurzeln wie Germanentum und nordisch-okkulte Mystik, strebte aber eine nie da gewesene Gesellschaft an, an deren Spitze biologische "Übermenschen" herrschen sollten. Norman Spinrad schildert in seiner Satire "Der stählerne Traum", wie Hitler sich als Science-Fiction-Autor betätigt und in seinen Romanen ein Universum voller minderwertiger und abstoßender Exoterristen beschreibt, gegen die sich die Erde unbedingt schützen müsse. Eine fundamentalistische Sekte der Gegenwart, "Scientology", ist wohl nicht zufällig von einem Autor utopischer Romane gegründet worden. Auch Ron Hubbard schwebt ein Übermensch vor – nicht in biologischer, sondern in mental-intellektueller Hinsicht. Fundamentalistisch ist Scientology im Hinblick auf ihren Absolutheitsanspruch sowie auf ihr damit verbundenes Ziel, totale Macht und Kontrolle in Wirtschaft und Politik zu erlangen.

Fundamentalismus bedeutet also nicht notwendig rückwärtsgewandtes Denken. Der Fundamentalismus bedient sich der Errungenschaften der Moderne. Wenn auch nur solcher Errungenschaften, die sich für seine Ideologien instrumentalisieren lassen. Zudem bedeutet Fundamentalismus nicht nur das Festhalten an überkommenen, sondern auch das Streben nach Realisierung neuentwickelter Lehren. Fundamentalismus ist also nicht einfach nur eine Abwehr gegen die Moderne, wie gemeinhin angenommen wird. Es ist daher nochmals zu fragen, ob die unterschiedlichen fundamentalistischen Ideologien einen anderen gemeinsamen Gegner und eine gemeinsame Ursache haben.

4 Fundamentalismus – gegen Moderne?

Nach Jürgen Habermas ist die Moderne die erste Kulturepoche, die ihr Selbstbewusstsein und ihre Norm aus sich selbst heraus schöpfen muss. Thomas Meyer bezeichnet den metaphysischen Heimatverlust der Neuzeit als den Preis, den wir für Offenheit zahlen mussten.¹ Das Prinzip der Geborgenheit sei durch das der Offenheit ersetzt worden. Nun gab es geistige Gegenströmungen zu Aufklärung und Moderne bereits im 19. und frühen 20. Jahrhundert: Sturm und Drang, Romantik, Naturalismus, Lebensreform- und Jugendbewegung sowie den Nationalsozialismus. Jede dieser Strömungen war in gewissem Maße zivilisationsfeindlich oder zumindest sehr skeptisch gegenüber Umwälzungen der Neuzeit. Die spätestens mit dem Ersten Weltkrieg einsetzende Krise des modernen Vernunftglaubens wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweilig überlagert durch den Wirtschaftsboom der fünfziger und frühen sechziger Jahre. Mit dem Beginn der Studentenrevolten in den westlichen Ländern machte sie sich wieder bemerkbar. Die konstruktiven und fruchtbaren Wirkungen der Moderne auf Demokratie und Gleichberechtigung sind nicht zu verkennen. Sie blieben aber bisher weitgehend auf den "reichen Norden" beschränkt. Im "armen Süden" herrschen die destruktiven Wirkungen vor. Dennoch reicht das Nord-Süd-Gefälle als Erklärung für das Erstarken des Fundamentalismus nicht aus, zumal dieser nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in der führenden westlichen Nation eine politisch relevante Kraft ist: in den USA. Und dort erhält er Zulauf nicht aus unteren sozialen Schichten, sondern aus dem gehobenen Mittelstand. Zwar hat das Christentum auch in den ärmeren, insbesondere den farbigen, Bevölkerungsschichten noch einen festen Platz. Dort aber ist eher eine sozial orientierte Herzensfrömmigkeit zu beobachten als die für die weiße Mittelschicht typische Buchstabenfrömmigkeit. Der Bibelfundamentalismus nordamerikanischer Prägung wehrt sich vor allem gegen vermeintlichen und tatsächlichen kulturellen Werteverfall. Dieser folgt nach Auffassung der

Fundamentalisten aus dem Bedeutungsverlust des christlichen Glaubens in der westlich-abend-ländischen Hemisphäre.

Beim islamischen Fundamentalismus kommt hinzu, dass er den westlichen Lebensstil als Fremdkörper und damit als Unterminierung der islamisch-orientalischen Kultur empfindet. Es gab im 20. Jahrhundert in islamischen Ländern viele Versuche, Technologie, Wirtschaft und Gesellschaft nach westlichem Vorbild zu modernisieren. Neben der Türkei unter Kemal Atatürk ist der Iran unter seinem letzten Schah Resa Pahlewi ein bekanntes Exempel. Alphabetisierung und Industrialisierung unter anderem veränderten die Struktur Persiens grundlegend. Diese sogenannte Weiße Revolution führte zwar zur Bildung neuer privilegierter Schichten. Traditionelle Schichten aber waren, zumindest wirtschaftlich, die Verlierer solcher Politik, weshalb diese Schichten auch nicht die neuen kulturellen Freiheiten zu schätzen wussten. Zudem führte ein brutales Vorgehen gegen jegliche – insbesondere islamistische – Opposition dazu, dass Verwestlichung und Modernisierung von vielen Iranern mit Unterdrückung des Islam gleichgesetzt wurden.

Der Fundamentalismus greift nach eigenem Verständnis nicht die Moderne an sich an, sondern Defizite und eine angebliche Dekadenz der Moderne. Und fundamentalistische Kräfte werden auch nicht vorrangig durch wirtschaftliche und soziale Nöte begünstigt, sondern durch kulturelle und ethische Degenerationerscheinungen. Sozialökonomische Krisen können diesen Effekt allerdings erheblich verstärken. Wenn Fundamentalisten aber ökonomische Missstände aufgreifen, dann geht es ihnen nur vordergründig um die Beseitigung derselben. Sie sehen in ihnen lediglich Symptome für die Funktionsschwächen moderner, pluralistischer Gesellschaften.

Für diese Degeneration sind nach Ansicht der Fundamentalisten, ob religiös oder atheistisch, ob rückwärtsgewandt oder utopisch, zwei Errungenschaften der Moderne verantwortlich: Gleichberechtigung unterschiedlicher Interessen und Wertepluralismus. Fundamentalisten wollen, im Unterschied zu Traditionalisten, sich nicht nur gegen Pluralismus abschirmen, sondern ihn,

auch außerhalb ihres eigenen Lagers, zurückdrängen. Der gemeinsame Feind der Fundamentalisten ist, in Anlehnung an Karl Poppers Hauptwerk, die "offene Gesellschaft". Und ihr stärkster Bremsklotz ist die komplexe Realität, welche von den Fundamentalisten ignoriert und wegdiskutiert wird, wo sie ihren Lehren widerspricht.

Es ist nunmehr zu fragen, ob der Fundamentalismus eine Existenzberechtigung hat und worin seine eigentliche Gefahr liegt.

5 Fundamentalismus und offene Gesellschaften

Die negativen Erscheinungen des Fundamentalismus sind offensichtlich: Terrorismus, staatliche Repressionen in fundamentalistisch regierten Staaten, Unterdrückung von Glaubens- und Meinungsfreiheit, Unterminierung demokratischer Gesellschaften durch fundamentalistische Gruppierungen. Wie reagieren moderne Demokratien auf die Herausforderung durch den Fundamentalismus? Einige Beispiele aus der Bundesrepublik Deutschland zeugen von einem Schwanken zwischen naivem Entgegenkommen und Überreaktion. Im Herbst 2001 wurde die türkische Kalifstaatsbewegung verboten. Diese Gruppe hatte aus ihrer Ablehnung von Demokratie und Menschenrechten auch nie einen Hehl gemacht. Andererseits führen Massenmedien, Kirchen und Behörden einen oft arglosen Dialog mit fragwürdigen islamischen Organisationen wie Mili Görüs und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD). Im selben Zeitraum wurden Schüler, die der mennonitischen Freikirche angehörten, von einer evangelischen (!) Schule in Nordrhein-Westfalen verwiesen. Sie hatten auf Wunsch ihrer Eltern Unterrichtsinhalte und schulische Veranstaltungen boykottiert, welche ihrer Glaubenshaltung widersprachen: Sexualkunde, Evolution, Klassenfahrten usw. Im Frühjahr 2002 sorgte eine christlich-missionarische Broschüre in deutschen Medien für einen Sturm im Wasserglas. Obwohl das Büchlein "Kraft zum Leben" nichts weiter enthielt als moderate evangelikale Theologie, vermuteten manche hinter ihr die amerikanische "Radical Religious Right" und

warnten vor "christlichen Taliban-Milizen". Dagegen wird mit der Islamischen Republik Iran ein höflicher "kritischer Dialog" gepflegt – trotz der dortigen Unterdrückung liberaler Opposition und der Unterstützung des Iran für Terroristen der Hamas und Hisbollah. Ob die durchaus erfreulichen Ansätze innenpolitischer Lockerung im Iran auf diese Weise gefördert werden, sei hier mal dahingestellt.

Karl Poppers Toleranzparadoxon eignet sich nach wie vor als Orientierungshilfe für ein angemessenes Verhalten gegenüber Fundamentalisten. Seine Maxime, die Intoleranz nicht zu tolerieren, müsste nur präzisiert werden: Intoleranz ist genau dann nicht mehr zu tolerieren, wenn dies die Toleranz gefährdet. Ein Dialog mit Fundamentalisten ist deshalb schwer, weil diese spezielle Argumentations- und rhetorische Vernebelungstaktiken anwenden, mit der sie sich gegen kritisches Hinterfragen abschirmen.² Ob nun ein Erich Honecker sagte, US-Atomraketen seien schlimmer als DDR-Selbstschussanlagen, oder ob Neonazis darauf "hinweisen", Konzentrationslager hätte es auch schon bei den Briten gegeben. Wenn Christen auf ihre gegenwärtige Diskriminierung in vielen islamischen Ländern zu sprechen kommen, kontern Muslime typischerweise mit Kreuzzügen und Inquisition im Mittelalter. Der ZMD proklamierte auf Anfragen zu seinem Demokratieverständnis, er strebe keinen "klerikalen Gottesstaat" an. Eine nichtssagende Formulierung, da der Islam ohnehin keinen Klerus kennt.

Um dem Fundamentalismus fair, aber wirksam zu begegnen, sind in erster Linie also keine gesetzlichen und administrativen Sanktionen erforderlich. Es sind vielmehr die allen Fundamentalisten gemeinsamen Taktiken und Rhetorikmuster aufzudecken und einer breiten Öffentlichkeit deutlich zu machen. Der "Auschwitzlüge" etwa kann ihre schädliche Wirkung besser durch sachliche und fundierte Widerlegung genommen werden als durch Verbote. Und die hartnäckigsten Leugner werden durch Strafgesetze ohnehin eher bestärkt. Angesichts dessen, dass der propagandistische Hauptvorwurf der Fundamentalisten gegen offene Gesellschaften deren angebliche Werte- und Moraldefizite sind, stellt sich

jetzt die Frage nach einem möglichen Gegengewicht. Die Werte, durch die eine bürgerliche Gesellschaft getragen und legitimiert wird, lassen sich unter dem Begriff Zivilreligion zusammenfassen. Einige Facetten der bundesdeutschen Zivilreligion sind: die freiheitliche demokratische Grundordnung; die in der Präambel des Grundgesetzes postulierte "Vollendung" der Einheit Deutschlands und die Standortbestimmung zur jüngeren deutschen Geschichte. Bezüglich des sozialen Klimas sind nach dem Ende der Wirtschaftswunderjahre und Ludwig Erhards "Wohlstand für alle" keine konsensfähigen Wertefundamente mehr entstanden. Deutschland gilt heute weithin als Heimat sozialer Kälte und zwischenmenschlicher Indifferenz. Ist eine solche Zivilreligion imstande, die derzeitige Werte- und Sinnkrise zu überstehen? Dass eine Zivilreligion aus Krisen und Angriffen von außen auch gestärkt hervorgehen kann, zeigte sich nach dem Höhepunkt des westdeutschen Terrorismus im Jahr 1977. In der jüngeren Generation, genauer gesagt in der so genannten Achtundsiebziger-Generation, machte sich seinerzeit und in den Folgejahren eine zunehmende Identifizierung mit dem politischen System der Bundesrepublik bemerkbar. Die anfängliche scheinbare Ohnmacht des Rechtsstaates führte zu einer aktiv staatsbejahenden Haltung in weiten Teilen der Heranwachsenden – im Unterschied zu den Achtundsechzigern, die, sofern politisch aktiv, überwiegend systemkritisch eingestellt waren.

Ob Deutschland aber einen Anschlag von der Größenordnung des 11. September ohne langanhaltende moralische Lähmung verkraften würde, ist fraglich. Eine, erbauliche, den Widerstandsgestalt belebende Nationaltrauer wie damals in den USA wäre hier schwer vorstellbar. Jürgen Habermas hat kurz nach den Anschlägen in einer Rede in der Frankfurter Paulskirche³ die hohe Religiosität des amerikanischen Patriotismus wohlwollend erwähnt. Demgegenüber sei ein einseitiger Wissenschafts- und Vernunftglaube "schlechte Philosophie".⁴

Ist diese schlechte Philosophie nun Folge oder Ursache des Werteverfalls westlicher Kulturen? Die westliche Werteerosion ist sicher nicht zuletzt in einem materialistischen Konsumden-

ken begründet und dieses wiederum in jenem Kosten-Nutzen-Prinzip, das in der neuzeitlichen Wirtschaft dominiert.

6 Fundamentalismus und Globalisierung

Die Dominanz multinationaler Konzerne und ihrer Produkte schafft eine weltweite Vereinheitlichung der Konsum- und Alltagskultur. Der amerikanische Politologe Benjamin Barber legt das sehr anschaulich in seinem Buch "Coca Cola und heiliger Krieg. Jihad versus McWorld" dar.⁵ Sowohl materielle Güter als auch Medienerzeugnisse, die im Westen produziert werden, sind massiv in die Lebenswelten anderer Kulturen eingedrungen. Nicht nur das, sie nivellieren auch die kulturellen Unterschiede zwischen den westlichen Ländern selber.

Fördert dies fundamentalistische Kräfte? Man mag als Gegenbeispiel einwenden, dass sich die "Radical Religious Right" in den USA ja nicht gegen Kapitalismus und Amerikanismus richtet. Bekanntlich haben radikale US-Christen sogar eine positive Haltung zu kapitalistischem Erfolgsdenken und Hurratriotismus. Dennoch ist die Wertekrise in Europa und Nordamerika in engem Zusammenhang mit der Globalisierung und Oligopolisierung der Weltwirtschaft zu sehen: der Drang der Produzenten nach Auslagerung in Low-cost-Länder einerseits und die Neigung der Konsumenten zu den billigsten internationalen Produkten andererseits. Dies verschlechtert die Konkurrenzfähigkeit regionaler und kulturell eigenständiger Wirtschaftszweige. Zudem bedenklich ist, dass sich mit westlichen Wirtschaftsethos keineswegs in gleichem Maße politische Freiheiten ausbreiten. Dies widerspricht den Apologeten des Kapitalismus, welche in diesem den besten wirtschaftlichen Garanten für Demokratie sehen.

Was macht Kritik am Kapitalismus heute so schwer? Den Gegnern des Kapitalismus wird unterstellt, Gegner eines freien Wettbewerbs und Befürworter staatlicher Überregulierung zu sein. Und die freie Marktwirtschaft ist scheinbar die einzige dauerhaft effiziente Wirtschaftsform – trotz ihrer gravierenden Schwächen.

Der diesem Aufsatz zugrunde liegende Vortrag wurde auf einer Tagung zum Thema Ideologien gehalten.⁶ Und der Kapitalismus ist eine Ideologie oder eine "Megaphilosophie", wie es der Philosoph Joachim Koch ausdrückt.⁷ Und zwar ist sie die erste Ideologie, die ihren Ursprung nicht in heiligen Schriften oder auf Schreibpulten von Gelehrten hat. Sie wurde hergeleitet aus scheinbaren, in sich schlüssigen, ökonomischen Notwendigkeiten. Hierin liegt ein weiteres Dilemma heutiger Kapitalismuskritik: sie greift eine Ideologie an, die keine Normen setzt, sondern nur zweckrational ist. Sowohl der Kapitalist als auch sein Kritiker sind unweigerlich in die Logik des Marktes eingebunden.

Nicht die Marktwirtschaft an sich ist also abzuschaffen, sondern ihre mono- und oligopolistische Vermachtung ist zu überwinden. Der einzige Ausweg aus dem letztgenannten Dilemma liegt in der Frage, ob überhaupt ein Markt mit humaneren Funktionsabläufen möglich ist. Eine Erörterung dieser sowie der Frage, ob ein humanerer Markt dem heutigen Ethikmangel und damit dem Fundamentalismus entgegenwirken könnte, würde den Rahmen dieses Aufsatzes allerdings sprengen. Neben der Globalisierung ist es ja auch die Spaßgesellschaft, welche immer neue Kaufanreize und neue Produkte zu schaffen gezwungen ist. Die Spaßgesellschaft macht den modernen Menschen in ethisch-moralischem Denken noch passiver.

7 Fundamentalismus und Freiwirtschaft

Ist die Idee der Freiwirtschaft, also einer Marktwirtschaft und Demokratie ohne Kapitalismus, eine Ideologie wie der Kapitalismus? Vielleicht sogar eine fundamentalistische – im Gegensatz zum scheinbar auf Vernunft basierenden herrschenden Wirtschaftssystem? Das äußere Erscheinungsbild der freiwirtschaftlichen Geld- und Bodenreformbewegung gab bei oberflächlicher Betrachtung seit jeher Anlass zu solcher Einschätzung. Der missionarische Bekehrungseifer vieler ihrer Anhänger, verbunden mit einer oft verworrenen Mischung aus wissenschaftlicher und okkult-mystischer Argumentation, führte in

der Vergangenheit tatsächlich zu vorschnellen Negativurteilen, zumindest bei solchen Betrachtungen, die auf der Suche nach sachlich ernstzunehmenden und praktisch realisierbaren Lösungen waren. Die früheren Querverbindungen des Freiwirtschaftsgedankens mit völkisch-germanischen Visionen taten dann oft noch ihr übriges. Nun standen Geld- und Bodenreformer in Vergangenheit und Gegenwart vielfach in Verbindung mit lebensreformerischen und esoterischen Denkrichtungen. Ohne die positiven Effekte durch und auf derartige Kreise ignorieren zu wollen, muss doch klargestellt werden, dass das Modell der natürlichen Wirtschaftsordnung nach seinem theoretischen Kern zu beurteilen ist und nicht nach seinem zum Teil esoterisch beeinflussten Umfeld, wenn auch die Ideen Silvio Gesells per se dazu verleiten könnten, alle Krisen aus einem Prinzip heraus zu erklären – eine Denkweise, die wiederum für Fundamentalisten typisch ist.

Gegen einen fundamentalistischen Charakter der Freiwirtschaftsidee spricht ihre im Kern rationale Argumentation. Diese Rationalität ermöglicht eine gewisse Ideologieresistenz und Verifizierbarkeit. Stellt jemand die Seriosität des Freiwirtschaftsmodells generell in Frage, bleiben für dessen Anhänger kaum rhetorische Hintertüren offen, sondern sie müssen auf der Sachebene bleiben und ihren dortigen Standort festigen und ausbauen. Die Analogie des Modells zu natürlichen Kreisläufen könnte es für Gaia-Hypothetiker und Gralsbotschaftsverkünder attraktiv machen. Abgesehen davon lassen sich im Grunde bei allen herkömmlichen Ideologien Schnittstellen zur Freiwirtschaft finden: Sozialdemokraten wollen wie Freiwirtschaftler eine gerechtere Vermögensverteilung; mit Liberalen verbindet sie der Wunsch nach einem schlanken Staat usw. Auch den drei monotheistischen Weltreligionen kommt der Freiwirtschaftsgedanke entgegen bzw. kann durch diese befruchtet werden. Wobei die Bibel weniger die Rolle eines starren Gesetzesbuches spielt, als vielmehr aus ihren tiefsinnigeren Anregungen zum Umgang mit Geld und Boden heraus zu verstehen ist. Bei aller teilweisen Verwurzelung in Überlieferungen ist die Freiwirtschaftsidee keineswegs traditio-

nalistisch (etwa in Form einer Neigung zu ständestaatlichen Vorstellungen) oder zivilisationsfeindlich. Sie erstrebt im Gegenteil eine offene bürgerliche Gesellschaft mit Marktwirtschaft und Demokratie – freilich nicht in ihrer bestehenden kapitalistisch verzerrten Form, sondern in einer ursprünglich gemeinten egalitären Form, die Individual- und Sozialethik verbindet und der Werteerosion der bloß zweckrationalen "Megaphilosophie" des Kapitalismus entgegenwirkt.

In der Freiwirtschaftsidee können sich ein nichtfundamentalistisches Verständnis von Religion und der aufgeklärte, aber nicht mehr verabsolutierte Vernunftglaube begegnen. Im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne muss sie ihren Ort noch suchen und sich darüber Klarheit verschaffen, auf welchen fundamental- und/oder realpolitischen, auf jeden Fall gewaltfreien Wegen sich ihr Ziel verwirklichen lässt. Aber in ihrem Kern ist sie bereits eine nachprüf- bare, ausbaufähige und kritikwürdige Theorie und keine mystische Heilsoffenbarung. Dies muss in der Öffentlichkeit mehr als bisher herausgestellt werden. Das Selbstbewusstsein von Geld- und Bodenreformern, den heute besten ökonomischen Lösungsansatz zu haben, lässt sich mit Lernfähigkeit und Bereitschaft zur selbstkritischen Reflexion durchaus vereinbaren.

Anmerkungen

- 1 Meyer, Thomas; Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne. Hamburg 1989. S. 22.
- 2 Empfehlenswert: Schleicher, Hubert; Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren. Anleitung zu subversivem Denken. München 2001.
- 3 Anlässlich seiner Entgegennahme des Friedenspreises des deutschen Buchhandels am 14.10.2001. Vgl. "Die Welt" vom 15.10.2001, S. 28/29.
- 4 Vgl. Kamann, Matthias; Die neue Sicht auf die Religion, in: "Die Welt" vom 16.10.2001.
- 5 Untertitel: Der grundlegende Konflikt unserer Zeit. Bern, München, Wien. Ergänzte Neuauflage 2001.
- 6 31. Mündener Gespräche in Hannoversch Münden am 22./23.03.2002.
- 7 Koch, Joachim; Megaphilosophie. Das Freiheitsversprechen der Ökonomie. Frankfurt/M., Wien, Zürich 2002.

B Ü C H E R

Klaus F. Zimmermann (Hg.) Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft

Heidelberg: Physica Verlag, 2002. 550 Seiten.

Das Bundesfinanzministerium hat 1998 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin beauftragt, eine "Querschnittsaufnahme wichtiger neuerer Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften" zu erarbeiten. Im Mittelpunkt sollten "Fragestellungen von hoher wirtschaftspolitischer Relevanz" stehen.

Zu dem nunmehr von DIW-Direktor Klaus Zimmermann vorgelegten Buch haben zahlreiche Forscher von Universitäten und außeruniversitären Institutionen beigetragen. Dargestellt werden die Bereiche: Geldtheorie und -politik sowie Finanzmärkte; Finanzwissenschaften, Arbeitsökonomie, Wettbewerbspolitik, Institutionenökonomik, Netzwerkökonomie, Wachstum und Beschäftigung, personelle Einkommensverteilung und Spieltheorie. Als Bericht zur Lage der Ökonomie ist dieser Gesamtüberblick durchaus informativ. Für die Politikberatung, um die es dem Bundesfinanzministerium bei der Auftragsvergabe eigentlich ging, ist er jedoch nicht sehr ergiebig.

Die Darstellungen der einzelnen Forschungsfelder enden zumeist mit einem Verweis auf einen Mangel an empirischen Daten und einen noch großen Forschungsbedarf. Im Hinblick auf die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit seien die "verbreitete Ratlosigkeit und der mangelnde Erfolg politischer Maßnahmen auch in diesem empirischen Defizit begründet." (S.142) In ähnlicher Weise halten Finanzwissenschaftler "wirklich robuste Schlussfolgerungen" über den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Besteuerung für "nur begrenzt möglich". (S.100) Das Kapitel über die personelle Einkommensverteilung schließt mit dem Eingeständnis, dass "es nach wie vor an robusten empirischen Analysen fehlt, die zeigen, inwieweit die personelle Einkommensverteilung Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum hat und in welchem Ausmaß

soziale Sicherungssysteme und Einkommensumverteilung ökonomisches Verhalten beeinflussen." (S. 422-423) Im Bereich der Wettbewerbstheorie gebe es gar ein "Übermaß potenziell relevanter theoretischer Ergebnisse und Implikationen"; nur fehlen leider die Kriterien für die Auswahl derjenigen Modelle, die bei der Diskussion politikrelevanter Fragen helfen könnten. Im Bereich der Information und Kommunikation "eilt die Wirklichkeit der Theorie erneut voraus." Deshalb "gibt es keine Kochbuchrezepte für die Wettbewerbs- und Regulierungsprobleme der realen Welt." Immerhin – bei Einzelfallentscheidungen über Fusionen sollte die Politikberatung "die Problematik des politischen Opportunismus explizit berücksichtigen". (S.266-269)

Fehlt der Ökonomie wirklich nur eine breitere Basis empirischer Daten? Selbst deren Verzehnfachung würde die Realität beispielsweise der Arbeitslosigkeit kaum verständlicher geschweige denn erträglicher machen. Vielmehr fehlt der Ökonomie ein 'robustes' Fundament in Gestalt eines "Denkens in Ordnungen" (Walter Eucken), das es ihr gestatten würde, die unzähligen empirischen Daten zu durchdringen, Ungerechtigkeiten zum Beispiel der Einkommensverteilung zu erkennen oder für fairen Wettbewerb auf den Märkten zu sorgen statt immer wieder aufs neue Fusionen zu genehmigen.

Der Verlust der Fähigkeit zum ordnungspolitischen Denken zeigt sich besonders im Bereich der Geldwirtschaft und der Finanzmärkte. Noch ist unklar, auf welche Weise sich überhaupt die Rolle des Geldes in ein allgemeines dynamisches Gleichgewichtsmodell integrieren ließe. Also "bleibt die Analyse optimaler Geldpolitik ein wichtiger Forschungsbereich." Angesichts der Instabilität der Geldnachfrage bleibt das "Liquiditäts-Rätsel" offen. (S. 5-9 und 16) Nach mehr als zwei Jahrzehnten einer "stürmischen Entwicklung der Finanzmärkte" mit turbulenten Krisen ist offenbar auch für die Geldtheorie und -politik zweifelhaft, ob die Systemrisiken noch kontrollierbar sind. Zudem stützt sich die Politikberatung derzeit noch auf "ökonomische Modelle, die im Rahmen der modernen Forschung längst auf Ablehnung gestoßen sind". (S.29-30) Mehr Transparenz auf den internationalen Fi-

nanzmärkten, eine bessere Einlagensicherung und ein Frühwarnsystem mögen sinnvoll sein. Aber genügen sie, um die Zahlungsunfähigkeit eines Landes wie Brasilien und anschließende Kettenreaktionen zu verhindern, bei der noch weitere Länder wie Dominosteine fallen? "Die Entwicklung einer befriedigenden Modellierung von Banken Krisen im Rahmen eines Modells des allgemeinen Gleichgewichts bleibt daher eine Aufgabe zukünftiger Forschung." (S.20) Doch was nützt eine Modellierung von Banken Krisen innerhalb einer Modellwelt, deren Realitätsbezug fraglich ist? Der geradezu hilflose Hinweis auf einen "dringenden Bedarf nach vermehrter empirischer Forschung" (S.30) verstärkt noch den Eindruck der Realitätsferne dieser Modellwelt. Es genügt nicht, Systemrisiken nur auf der Ebene der Geschäftsbanken zu bekämpfen, solange die deregulierte Dynamik der internationalen Finanzmärkte ungebremst weiterwirken oder sich sogar noch verstärken kann. Um sie unter Kontrolle zu bringen, bedarf es nicht nur einer lediglich deskriptiven empirischen Forschung, sondern der Gestaltung einer globalen Geld- und Währungsordnung, die das ausufernde Geschehen auf den Finanzmärkten an die Erfordernisse der realen Arbeits- und Gütermärkte anpasst. Die 'Neue Institutionenökonomik' lässt bislang allerdings nicht erkennen, dass sie Impulse für einen Wandel der monetären Institutionen auf nationalen und internationalen Ebenen geben könnte.

Werner Onken

Hans-Joachim Stadermann und Otto Steiger Allgemeine Theorie der Wirtschaft – Erster Band: Schulökonomik

Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 2001. 411 Seiten.

Otto Steiger und Hans-Joachim Stadermann, Professoren für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bremen bzw. an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin, verstehen sich als Eigentumstheoretiker, als Protagonisten eines neuen Ansatzes innerhalb der ökonomischen Theorie. Dabei steht das Rechtsinstitut des Eigentums im Mittelpunkt der Betrachtungen: Erst durch die Schaffung von Eigentum wird auch dessen Belastbarkeit – als Sicherheit im Rahmen eines Gläubiger-Schuldner-Kontraktes – möglich. Und da-

durch wird die Voraussetzung dafür geschaffen, dass über die Beibehaltung der Bewirtschaftung einer im Besitz befindlichen Ressource hinaus (z.B. des Ackers eines Bauern) per Kreditschöpfung ohne vorheriges Sparen und vor allem ohne Konsumverzicht zusätzliche Nachfragepotenziale und damit zusätzliche ökonomische Aktivitäten freigesetzt werden, die letztlich die Dynamik und Prosperität einer modernen Volkswirtschaft ausmachen. Dabei wird unser heutiges Geld als Kreditgeld eben im Rahmen des beschriebenen Prozesses in die Existenz gebracht und steht im Zentrum des ökonomischen Geschehens. In Ökonomien, in denen die entsprechenden Voraussetzungen dafür nicht geschaffen werden, gibt es weder eine vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung noch stabiles Geld. Diese – hier eigentlich unzulässig verkürzten – Zusammenhänge wurden von Otto Steiger zusammen mit seinem Bremer Kollegen Gunnar Heinsohn ausführlich zum ersten Mal 1996 in "Eigentum, Zins und Geld: Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft" dargelegt (die Rezension der kürzlich erschienen Neuauflage erscheint in der nächsten ZfSÖ-Ausgabe.)

Mit der vorliegenden "Allgemeinen Theorie der Wirtschaft" erheben die Autoren nicht mehr und nicht weniger als den Anspruch, die ökonomische Theorie und im ersten Band deren Geschichte neu zu schreiben (in einem zweiten Band soll schließlich die "Ökonomie der nominalen Verpflichtung" systematisch präsentiert werden). Dabei gehen sie über eine pure Kritik der Schulökonomie insofern hinaus, als sie zeigen, "wie in der Theoriegeschichte das Wissen von der angemessenen Theorie der Geldwirtschaft frühzeitig in Ansätzen vorhanden war, dann aber immer wieder ... überwuchert und verdrängt wurde". Denn: "Die Akteure im Wirtschaftsgeschehen haben zur Absicherung ihrer Vorhaben unter den verfügbaren wirtschaftstheoretischen Ansätzen den geförderten, der ihre Absichten wissenschaftlich stützte." Die gegenwärtig wahrgenommene Belanglosigkeit der herrschenden Lehre "kommt in erster Linie daher, dass die neoklassischen Modelle ... nur sich selbst genügen und keine relevanten Berührungspunkte zur erlebbaren Wirtschaftswirklichkeit besitzen. Statt Handlungsanweisungen für die wirtschaftlichen Aktivitäten der Einzelwirtschaftler und die

Wirtschaftspolitik zu formulieren, perpetuiert die vorherrschende Theorie immer nur eine Aussage: Die Flexibilität muss erhöht und der Wettbewerb gesichert werden ... So sind es heute insbesondere die sozialstaatlichen Institutionen, die aufgebrochen werden sollen. Dies werde Beschäftigung und Wohlstand für alle vermehren." Statt sich der Realität anzunähern und sie angemessen zu begreifen, hat die Orthodoxie das Gleichgewicht einer fiktiven Realtauschökonomie prä-determiniert. ... Entsprechend muss Geld so in die Theorie integriert werden, dass es "neutral" wirkt und muss Wirtschaftspolitik so implementiert werden, dass sie nur Hemmnisse beseitigt, damit sich das als "natürlich" vorempfundene Gleichgewicht in der neoklassischen Gedankenwelt seine Bahn brechen kann."

In einem vergessenen, aber bedeutenden Theoretiker des Merkantilismus entdecken die Autoren einen Vorläufer ihrer Gedanken: 1767 veröffentlichte James Steuart seine "Inquiry into the Principles of Political Economy". Als führender Teilnehmer des 1745 niedergeschlagenen Jacobitenaufstandes hatte er zuvor 20 Jahre im französischen Exil verbracht. Dieser Umstand sowie der Siegeszug von Adam Smith, dessen Hauptwerk neun Jahre später erschienen war, trugen den Autoren zufolge entscheidend dazu bei, dass seine originären Einsichten über das Papiergeld weitgehend unbekannt blieben. Steuart analysierte die Wirtschaft einer freien Nation nach Auflösung feudaler Regierungsformen. Er erkannte, dass diese Entwicklung ein ganz neues System der Volkswirtschaft begründete: Bürgerliche Freiheiten führten zu Handel und Gewerbe und diese zu Reichtum und Kredit. "Wie sonst niemandem seiner Zeitgenossen war Steuart klar, dass das feudale System auf der Grundlage von Gewalt über unfreie Arbeiter beruhte, während das neue die Arbeit der Freien zu industriellem Unternehmertum anreizt und eine von Geld und Kredit verursachte Nachfrage aufgrund von Bedürfnissen nach immer neuen Gütern hervorbringt." Seine Metapher "Verwandlung von Ländereien in Papiergeld" enthält bereits eine zentrale Idee der modernen Eigentumstheorie (s.o.): Grundeigentümer A möchte Waren eines Produzenten B konsumieren, hat aber kein (edelmetallenes) Münzgeld. Deshalb emit-

tiert er Schuldscheine im Wert der gewünschten Waren auf sein Grundeigentum und bezahlt damit B. Dieser kann nun produzieren, ohne dass A auf die Nutzung seiner Ländereien verzichten muss. Bereits für Steuart war also Investition ohne vorheriges Sparen möglich; ganz im Gegensatz zur späteren Klassik und Neoklassik. Steuart: "Nachdem diese Operation abgeschlossen ist, bleiben der Grund und Boden (des A) sowie das Gewerbe (des B) in unverändertem Zustand: bereit von neuem zu produzieren. Das also ist die Wirkung des Kredit- oder symbolischen Geldes. Und hier frage ich, ob nicht die Schuldscheine, die der A dem B gegeben hat, nicht genau so einen wirklichen Wert beinhalten, als hätte er Gold oder Silber gegeben?"

Nunmehr besteht allerdings die "Gefahr", dass B tatsächlich zur Tat schreitet und die Schuldscheine zur Einlösung bringt. Damit wäre für A die zeitgleiche Nutzung seiner Ressource Grund und Boden unmöglich gemacht. Ein Ausweg aus dem Dilemma ist eine Zusatzvereinbarung zwischen A und B, bei der B auf die Einlösung der Schuldscheine – für einen gewissen Zeitraum – verzichtet. Zu einem derartigen Verzicht ist B auch gern bereit; aber er lässt sich diesen Verzicht bezahlen, mit einer Art Stillhaltegebühr in Höhe eines zu vereinbarenden Prozentsatzes für besagten Zeitraum. Für Steuart ist das der Zins. Er erweitert sein Modell um einen Dritten C, die Bank. Jetzt ist es grundsätzlich so, dass auf die Fälligkeit der Schuldscheine, also der Sicherheiten im Kreditkontrakt, verzichtet wird, solange die übrigen Vereinbarungen des Kontraktes eingehalten werden; spricht solange der Zins bezahlt wird. Für den Fall des Einlösungswunsches eines B muss diese Bank aber über genügend Eigenkapital verfügen und liquide sein, also eine Mindestreserve an (edelmetallem) Münzgeld vorhalten.

Für die Autoren fällt Adam Smith dagegen weit zurück. Bei ihm ist die Genese des Geldes kein Thema, sondern selbiges schlicht gegeben und ansonsten auch weitgehend nutzlos: Weder würden dadurch neue Konsummöglichkeiten noch neue Chancen der Kapitalakkumulation geschaffen. Konsequenterweise ist für ihn und in Abgrenzung zu Steuart Geld auch grundsätzlich

Edelmetallgeld, also Münzen aus Gold und Silber. Interessant findet er hingegen die geldinduzierte Reduktion der Transaktionskosten der unterstellten Tauschwirtschaft, Thema der "Geldtheorie" der Neoklassik bis zum heutigen Tage. "Das Geld bildet nur die realen Tauschverhältnisse ab. Aus ihm selbst lassen sich keine wesentlichen Einsichten in die Wirtschaft gewinnen. Es liegt nur als Schleier über den wahren und als gesetzmäßig aufzudeckenden Verhältnissen." Auch der Geldzins hat für ihn seinen Ursprung in der Realosphäre, ist ein Derivat des Profits des Unternehmers und entsteht, weil ein Kapitaleigner einem mittellosen Unternehmer die Erwirtschaftung eines Profits ermöglicht.

Entsprechendes gilt für die Kredite der Banken, die für ihn die Produktion grundsätzlich nicht erhöhen können, sondern allenfalls bestehendes Kapital einer produktiveren Verwendung zuführen. Gegebene Produktionsmöglichkeiten werden durch nichtmonetäre Maßnahmen wie Arbeitsteilung und Vergrößerung der Märkte – daher die Forderung nach Freihandel – maximal genutzt. Störungen des Marktgleichgewichts können bei Smith allenfalls vorübergehender Natur sein, denn wo sich Marktkräfte bei flexiblen Preisen und Mengen frei entfalten können, kann es keine gesamtwirtschaftlich unzureichende Nachfrage und insoweit auch keine Krise geben. "Die Ersparnis führt immer zu Akkumulation und Wachstum und nicht zur Unabsetzbarkeit eines Teils der produzierten Waren. Wer nicht selbst produziert, schafft stets anderen die Konsummöglichkeit." Umgekehrt geht Smith natürlich auch davon aus, dass ein Kreditgeber, der Kreditnehmern Ressourcen zur Produktion verfügbar macht, selbst auf eben diese verzichten muss und fortan nicht mehr weiter selbst nutzen kann. Für Steiger und Stadermann ist damit in der Wirtschaftswissenschaft ein bis heute andauerndes Missverständnis über die Triebkräfte des Wachstums in die Welt gesetzt worden und sie verweisen auf Keynes, der schließlich zeigen konnte, dass nicht etwa Sparen die Investition bestimmt, sondern dass vielmehr Investitionen über ein wachsendes Einkommen erst das Sparen ermöglichen. Allein: Aus eigentumstheoretischer Sicht war auch Keynes unklar, "auf welcher Grundlage Investitionen zustande kommen."

Damit sind die Antagonismen der weiteren Erörterung sowie der zeitliche Rahmen derselben aufgespannt: Zwischen Steuart und Smith liegen Welten und zwischen Steuart und Keynes bzw. Friedman fast zwei Jahrhunderte. Die Klassik wird – neben dem bereits erwähnten – anhand ihrer namentlichen Vertreter Jean-Baptiste Say, David Ricardo, Henry Thornton, John Stuart Mill und schließlich Karl Marx abgehandelt. Mit der Ausnahme von Thornton und Say ignorieren die genannten den Zusammenhang von Geld, Kredit und Eigentum völlig. Dies trifft auch auf Karl Marx zu: Für ihn ist Geld Edelmetall, welches – ganz klassisch – zur Erleichterung des Tausches in die Welt gekommen ist. Ebenso sind für ihn Sparen und Konsumverzicht unabdingbare Voraussetzungen für die Akkumulation von Kapital; zwar Verzicht auf Konsum von per Ausbeutung erlangtem Mehrwert, aber dennoch. Die Neoklassik, die die Betrachtung des Gesamtnutzens der Klassik um die des sog. Grenznutzens ergänzt, übersieht die Bedeutung der Sicherheiten bei der Geldschaffung noch totaler als die Klassik. Deshalb scheitert auch der Versuch einer Integration der Geldtheorie durch ihren Vertreter Knut Wicksell. Selbst beim Vollender des neoklassischen Gütermarktsystems, Alfred Marshall, sind die Banken noch immer lediglich Vermittler, die gespartes Einkommen in Investitionen transformieren. Auch bei Keynes sehen Steiger und Stadermann schließlich eine unzulängliche Gelderklärung. Sein Missverständnis von Geld als Staatszahlungsmittel habe ihn zur Idee der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über notenbankfinanzierte Beschäftigungspolitik verführt. Schließlich wird eine interessante Parallele zu Milton Friedman aufgezeigt: Obzwar sich dieser als Überwinder des Keynesianismus verstand, wollte er ebenfalls durch Zinssenkung Geld in die Zirkulation drücken, um einer Unterbeschäftigung entgegenzuwirken.

Die Bedeutung des vorliegenden Werkes liegt m.E. in erster Linie in der umfassend begründeten und fundierten Zurückweisung der Orthodoxie, voran der tauschparadigmatischen Neoklassik und der von ihr unterstellten Neutralität des Geldes. Neben vielen neuen Einsichten gewinnt der Leser einen fast vollständigen dog-

mengeschichtlichen Überblick. Unabhängig davon, ob er allen Interpretationen und Ausführungen bis in alle Details folgen will oder kann, muss er ohne jeden Zweifel anerkennen, dass die wirtschaftstheoretische Erschließung und Würdigung des Rechtsinstituts Eigentum im Mittelpunkt einer Geldwirtschaft und die Thematisierung eines eben gerade nicht neutralen Geldes von einer Bedeutung ist, die mit dem üblichen "Output" der Disziplin auch nicht im Entferntesten verglichen werden kann.

Thomas Betz

**Christiane Grefe, Mathias Greffrath
und Harald Schumann**

Attac – Was wollen die Globalisierungskritiker ?

Reinbek: Rowohlt Verlag, 2002. 220 Seiten.

Wer oder was ist Attac? Das radikal klingende Akronym steht für "Association pour une Taxation des Transactions Financières pour l'aide aux Citoyens", auf deutsch "Vereinigung zur Besteuerung der Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger". In Deutschland gibt es mittlerweile mehr als 8.000 Mitglieder, die Zahl der Sympathisanten ist weitaus größer. "Das sind ja keineswegs bloß Spinner", sagte Bundeskanzler Gerhard Schröder im September 2001. Eine peinliche Einschätzung von einem, der in jungen Jahren als Juso-Vorsitzender selbst an den Toren der Macht rüttelte.

Ausführlich beschreiben Mathias Greffrath und Christiane Grefe die Anfänge von Attac. Der Aufruf zur Gründung kam Ende 1997 aus der Pariser Redaktion von "Le Monde Diplomatique", der einflussreichen linksintellektuellen Monatszeitung. Am 3. Juni 1998 war es so weit. Schnell breitete sich das neue Bündnis in Europa, Nordafrika und Nordamerika aus. Die Gruppe um Le-Monde-Chefredakteur Ignacio Ramonet hatte den Nerv der Zeit getroffen. Sie forderten eine demokratische Kontrolle über das Finanzkapital der Spekulanten und Fondsgesellschaften, ohne die Systemfrage zu stellen.

In Deutschland schlossen sich im Januar 2000 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie "Share", "WEED" und die Heidelberger Organisation "Kairos Europa" zum "Netzwerk zur demokratischen

Kontrolle der Finanzmärkte" zusammen. Zehn Monate später wurde daraus Attac. Globalisierungskritische Gruppen wie Attac seien keineswegs neu, folgen die Autoren der Analyse von Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin, der soziale Bewegungen erforscht und selbst Attac-Mitglied ist: "Sie 'revitalisierten' bereits bestehende 'Bewegungskerne'". Außerdem führten sie "den Protestgruppen frische Kräfte zu, insbesondere jüngere, zum Teil bislang kaum politische Menschen. Die Bewegungen gewinnen an Gewicht, weil sie für gewichtig gehalten werden."

Attac – das sei irgendetwas zwischen Netzwerk, NGO und Bewegung, schrieben Peter Wahl und Werner Rätz im Selbstverständnispapier vom September 2001. Die beiden zählen zum Urgestein dieses inhomogenen Gebildes. In der neuen Plattform vom Mai diesen Jahres heißt es, Attac verstehe sich als Teil der weltweiten globalisierungskritischen und außerparlamentarischen Bewegung. Unter diesem Dach versammelt sich ein bunter Haufen: Parteigänger und Gewerkschafter, Dritte-Welt-Gruppen, kampferprobte Alt-68er, Anarchisten und bislang unpolitische Leute von 15 bis 70. Kein anderes Bündnis in diesem Milieu hat größeren Zulauf. Warum? Weil etablierte Organisationen keinen überzeugenden gesellschaftlichen Gegenentwurf bieten. "Sie sind nur noch Machtverteilungsmaschinen. Sie bieten keine Identifikationsmöglichkeiten mehr", sagt Robert Schuh, einer der drei Initiatoren der Nürnberger Attac-Gruppe.

Die neue Gemeinsamkeit hat ihren Preis: Wer mitmachen will, braucht Toleranz und Kompromissfreude. Weil das Meinungsspektrum so breit ist, setzt sich meist nur ein Minimalkonsens durch. Radikale Forderungen haben keine Chance. "Jetzt keine großen Modelle, kein Revolutionarismus, bloß keine Internationale", zitieren die Autoren den französischen Gewerkschafter Pierre Khalifa, "sondern in Filigranarbeit kleine Inseln aufbauen, von denen später radikale Reformen in Angriff genommen werden können. Mehr kann man im Augenblick nicht verlangen."

Die Welt wollen sie also durch Reformen verbessern. Gerechter soll sie sein. Allen Menschen im Süden und im Norden die gleichen Chancen bieten, damit sie etwas aus ihrem Leben machen

können. Vor allem aber soll die Ökonomie wieder den Platz einnehmen, der ihr gebührt. Statt alles zu dominieren, soll sie sich in den sozialen und ökologischen Kontext einfügen, den sich Gemeinwesen selbst geben. "Heute ist die Wirtschaft global, aber der Rahmen, in dem sie steht, ist es nicht. Und die zentrale Forderung einer weltweiten Demokratiebewegung muss ein weltweites Steuersystem für wirtschaftliche Akteure sein, die weltweit tätig sind", schreiben die Autoren. Und weiter: "Das eigentliche Wunder von Attac liegt darin, dass in 29 Ländern der Erde – und es werden immer mehr – eine weltweite Bürgeropposition entsteht, die nicht länger an Symptomen ansetzt, sondern sich dem abstrakten, komplizierten Kern des Gesellschaftsgetriebes zuwendet, ihn studiert und sich zutraut, die Grundlage für eine demokratische Weltordnung durchzusetzen."

Vier Grundsatzforderungen vertritt Attac von Beginn an: Tobinsteuer einführen, Steueroasen austrocknen, Schuldenausgleich, keine Pensionsfonds zur Alterssicherung. "Dieses Kerngeschäft läuft bisher gut, auch wenn einige Linksradikale in dicken Büchern fragen, ob Attac nicht der allerjüngste Versuch sei, den Kapitalismus zu stabilisieren", schreibt Greffrath. Inzwischen kämpfen Attacis aber auch gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste wie Bildung, Kultur, Gesundheit oder Wasserversorgung, gegen einen möglichen US-Krieg gegen den Irak. Und sie setzen sich für einen fairen Welthandel ein. "Sobald die globalisierungskritischen Bewegungen vor der Aufgabe stehen, Prioritäten festzulegen und zu konstruktiven Vorschlägen Position zu beziehen, herrscht Unklarheit oder Uneinigkeit", sagt Dieter Rucht. "Dieser Zustand wird momentan als Stärke ('Vielfalt statt Einheit') ausgegeben, kann jedoch nicht von Dauer sein." Wie groß darf der thematische Supermarkt sein, um möglichst viele Anhänger um sich zu scharen und dennoch nicht an Profil zu verlieren? Diesen Zwiespalt leuchten die Autoren genau aus. Dazu zitieren sie aus Elias Canettis "Masse und Macht". So etwas regt zum Nachdenken an, das wünscht sich der Leser öfter.

Nach der Lektüre des ökonomischen Kapitels ist auch dem Letzten klar, was bei der Globa-

lisierung schief läuft. Harald Schumann, der für diesen Abschnitt verantwortlich ist, beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema, für den "Spiegel", für "Spiegel-Online" und als Koautor der "Globalisierungsfalle". Das 1996 erschienene Buch galt lange als Standardwerk für alle, die wissen wollten, was das überhaupt ist: Globalisierung. Schumanns neue Ausführungen lesen sich wie eine eingestampfte Version, angereichert mit aktuellen Beispielen, in manchen Punkten mit einem schärferen analytischen Fokus als er vor sechs Jahren möglich war.

Im Mittelpunkt seiner polemischen Kritik stehen die "skrupellosen Geldkrieger" des Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese Institution, die wegen der Stimmenverteilung fest in den Händen des US-Finanzministeriums ist, und allenfalls die Europäer und Japaner noch etwas mitzureden haben, hat Schuld an den großen Finanzkrisen, die seit den 80er Jahren regelmäßig die internationalen Finanzmärkte überrollen. Um das zu beweisen, hat Schumann einen eindrucksvollen Faktenberg zusammen getragen, und oft erzählt er geradezu in Insidermanier. In geheimen Verhandlungen erpressten die IWF-Beamten zum Beispiel 1983 das vor dem Bankrott stehende Brasilien mit der Drohung, das Land werde "von lebenswichtigen Nahrungslieferungen und anderen Importen vollständig abgeschnitten, wenn es sich entscheide, zum Paria der Finanzmärkte zu werden, indem es seine Kredite nicht zahle." Die daraufhin eingeleiteten Sparmaßnahmen "zerstörten die ohnehin schwachen Bildungs- und Sozialsysteme." Mexiko 1982 und 1995, Südkorea 1994, Asien und Rußland 1998 – überall ein ähnliches Muster. "Stets waren es die einsamen Entscheidungen von demokratisch nicht kontrollierten und lediglich an nationalen Interessen orientierten Notenbank- und Finanztechnokraten der USA, Japans und der EU, welche die Entwicklung der Weltwirtschaft und damit die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit immer wieder zurückwarfen", urteilt Schumann.

Das Kapitel liefert außerdem eine gute Zusammenschau der populären Vorschläge zur Reform des IWF und eine ebenso knappe, aber sachkundige Diskussion über Sinn und Machbarkeit der Tobinsteuer.

Die Globalisierung hat die Ungerechtigkeit in der Welt nicht nur zementiert, sondern noch verschärft. Diese Diagnose steht fest. Bleibt die Frage, wie sich das ändern soll. Attac läßt langsam das Stadium der Analyse hinter sich und die Diskussion um Alternativen beginnt. Das zeigte sich deutlich auf der ersten deutschen Attac-Sommerakademie in Marburg. 800 Teilnehmer diskutierten im Juli über nachhaltiges Wirtschaften, Global Governance oder soziale Sicherungssysteme. Auch das Buch reißt erste Lösungsansätze an. Susan George's "Planetarischen Gesellschaftsvertrag" zum Beispiel oder die Vorstellungen Samir Amins. Er gehört zu den bekanntesten Entwicklungstheoretikern des Südens und setzt statt konzerngetriebener Globalisierung auf den systematischen Abbau der Ungleichheit in einer plurizentrischen Welt. Auch Walden Bello, eine andere prominente Stimme aus dem Süden, kommt zu Wort: "Die großen Straßenaktionen parallel zu den Versammlungen der globalen Elite haben ... die Grenzen ihrer Effektivität erreicht. Und das wird die Bewegung zwingen, innovative Methoden zu entwickeln, die Massenaktionen, juristische und parlamentarische Mittel kombinieren."

Das Buch ist ein praxisnaher Leitfaden für Einsteiger und für alle, die wissen wollen, was es mit Attac auf sich hat. Die Autoren haben Gruppen in Deutschland, Frankreich, Marokko, Schweden und Senegal portraitiert. Wer eine gewisse Distanz zum Untersuchungsgegenstand erwartet, sollte dieses Buch besser gleich beiseite liegen lassen. Alle drei Autoren sympathisieren mit den Weltverbesserern und nehmen die Attac-Perspektive selbst ein. Vor allem Grefe: "Eine andere Welt ist möglich" – das heißt ja nicht nur, dass sie denkbar ist. Die wissenschaftlichen Vorarbeiten, die Erfahrungen der Aktivistinnen zeigen: Sie ist machbar, die Instrumente liegen auf dem Tisch, überprüft sie, wendet ein, setzt euch auseinander. Oder sagt, dass ihr sie nicht wollt." Wer tiefer in die Materie einsteigen möchte, findet im Quellennachweis jede Menge gute Hinweise und Literaturtipps.

Ulrike Heike Müller

Susan George Der Lugano-Report oder ist der Kapitalismus noch zu retten?

Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 2001. 283 Seiten.

Sie haben Namen wie Narzisse, Klette, Fingerhut. Sie wollen also anonym bleiben, die Verfasser des Lugano Reports. Aber, was die Rezensentin sehr bald ahnte: am Schluss ihres Buches gesteht Susan George: "Den Lugano-Report habe ich von Anfang bis Ende selbst geschrieben." Warum also dieses Versteckspiel? Sie habe keine Satire schreiben wollen, sagt Susan George von sich. Aber nur als Satire ist der Text halbwegs zu ertragen. Dabei ist in der Beschreibung der kapitalistischen Wirklichkeit nichts erfunden oder übertrieben. "Ich hoffe", schreibt Susan George, "den Lesern des Lugano-Reports wird es kalt über den Rücken laufen."

Diese "Wissenschaftler", die fiktiven Verfasser des Lugano-Reports, sind eingeschworene Verfechter der kapitalistischen Wirtschaft. Die Autorin läßt sie eine Arbeitsgruppe bilden, um für die "Herren der Welt" einen Bericht darüber zu verfassen, wie der herrschende Kapitalismus noch zu retten sei. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe können in aller Offenheit ihren Bericht zusammentragen, denn sie schreiben ihn nur für ihre Auftraggeber, den inneren Kreis der wirklichen Gewinner dieses Systems. Dieser Kunstgriff macht es der Autorin möglich, aus der Perspektive der Mächtigen die Fakten und Daten des bestehenden globalisierten Kapitalismus detailliert und eindringlich darzustellen. Eine kluge Autorin, die weltweit recherchiert hat, ist zwar wegen ihres immensen Wissens zu bewundern; sie läßt aber wegen der zynischen Lösungsvorschläge dieser Leute ihre Leser/innen gleichzeitig erschauern und wütend werden.

Wer ist Susan George? Eine bekannte amerikanisch-französische Globalisierungskritikerin und Ökologin, gewissermaßen die Grand Dame von Attac in Frankreich, dessen Vizepräsidentin sie ist, eine glänzende Rednerin mit großer persönlicher Ausstrahlung. Sechs Jahre war sie im Vorstand von Greenpeace. Sie sei keine Finanzexpertin, sagt sie selbst. Sie hat nie Wirtschaftswissenschaft studiert, dafür viele andere Fächer – drei Universitätsabschlüsse! Als roter

Faden ziehe sich durch alle ihre Forschungsarbeiten ihr Hang, "unter allen Umständen zu fragen, wer die Macht hat und wie sie eingesetzt wird, welche Gruppen profitieren und welche die Kosten tragen." Und sie glaubt, dass ihr die Beantwortung dieser Frage wieder einmal – wie schon in ihrem früheren Buch "Und sie sterben an unserem Geld" gelungen sei.

"Dieses Wirtschaftssystem geht über Leichen" – diese Aussage auf den Transparenten, die einmal im Monat von den "Ordensleuten für den Frieden" und ihren Freund/innen in einigen größeren Städten vor Filialen der Deutschen Bank aufgehängt werden, sagt kurz und bündig das gleiche aus wie der Lugano-Report. Den Leser/innen dieser Zeitschrift dürften die Beschreibungen des kapitalistischen Systems eigentlich nichts Neues bringen, wenn sie vielleicht auch die weniger drastischen Kommentare von Helmut Creutz zu diesem Thema nicht so aufzurütteln vermochten wie es sicher die Lektüre dieses Buches tun wird.

Lösungsvorschläge zur Überwindung des Kapitalismus hat Susan George allerdings nicht. Leider lässt sie sogar die Herren Reporter zur Vernebelung der bestehenden Machtstrukturen beitragen, indem sie sie gleich am Anfang des Buches den Begriff 'Kapitalismus' durch den Begriff 'freie Marktwirtschaft' ersetzen lässt. In den Anmerkungen zum Lugano-Report heißt es dazu: "Die wissenschaftliche Bezeichnung für das betreffende System lautet 'Kapitalismus'. Seit den Schriften von Karl Marx hat dieser Begriff jedoch in einigen Kreisen einen unnötig negativen Beiklang. Nach dieser Klarstellung werden wir von nun an durchweg statt 'Kapitalismus' die Begriffe 'freier Markt' oder 'Marktwirtschaft' verwenden."

Das interessanteste Kapitel ist der Anhang (S.243ff). Hier spricht die wirkliche Susan George. Nachdem sie erkennen lässt, dass sie eine Bodenreform für die unabdingbare Voraussetzung für eine bessere Welt hält, stehen hier Sätze oder Fragen, denen auf jeden Fall zuzustimmen ist, z. B.: "Wie war es möglich, Robin Hood sozusagen auf den Kopf zu stellen und systematisch den Armen etwas wegzunehmen, um es an die Reichen zu verteilen, oder theo-

retisch ausgedrückt, das Kapital auf Kosten der Arbeit zu belohnen?" Noch sieht Susan George nicht, dass diese Umverteilung über das Zinseszinsystem erfolgt. Noch sieht sie nicht, dass nicht der Markt, dass nicht einmal allein die großen Konzerne oder Banken die Macht haben, sondern das Geldkapital. Und sie nennt keine konkrete Möglichkeit, diese strukturelle Macht des Geldkapitals zu überwinden.

Susan George führt fast nur englische oder französische wissenschaftliche Informationsquellen an. Ob darin der Grund zu suchen ist, dass sie die umfangreiche deutschsprachige Literatur der Geldreformbewegung völlig unbeachtet lässt bzw. diese wahrscheinlich gar nicht kennt?

"Die 'Informationsarmen' bilden eine weltweite Kategorie, die mit den materiell Armen deckungsgleich sein kann, aber nicht muss", lässt Susan George unter anderem ihre Herren Reporter feststellen. Wer den Lugano-Report liest, kann sein/ihr Informationsspektrum gewiss sehr erweitern.

Wera Wendnagel

Alfred Racek Befreiungsphilosophie des Geldes

Wien/München: Druck- und Verlagshaus Thaur, 2001. 268 Seiten.

Bislang galt das "geistige Fundament" der Freiwirtschaftslehre als weitgehend abgesteckt und rezeptiv bearbeitet. Max Stirners Solipsismus, die sozioökonomischen Thesen Pierre Joseph Proudhons sowie die Konzepte verschiedener Bodenreformer fanden Erwähnung. Manchmal fühlte man sich auch der aristotelischen Geld- und Zinskritik verbunden und respektierte, schon ein wenig distanzierter und kritischer, die wirtschaftsethischen Analysen der christlichen Tradition. Alfred Racek hat mit der "Befreiungsphilosophie des Geldes" ein Buch vorgelegt, das nicht spezifisch freiwirtschaftliche Positionsfor- schung betreibt, sondern die geistesgeschichtliche "Breiten- und Tiefendimension" der Geld- problematik darlegt. Ihm ist damit eine spannende, anspruchsvolle und hochgradig philosophische Arbeit gelungen, die auch die freiwirtschaftlichen Sichtweisen erweitern könnte.

Abseits von ausdrücklich wirtschaftswissenschaftlichen Definitionsansätzen nähert sich der Autor im Einleitungsteil auf drei Wegen dem Problem der kapitalistischen Geldökonomie: Da ist zunächst Goethes "Faust"-Dichtung, die in ihrer gesellschaftskritischen Dimension vorrangig unter einem sozioökonomischen Blickwinkel interpretiert wird. Racek folgt dabei weitgehend dem Deutungsansatz von Hans Christoph Binswanger (vgl. z.B.: Zeitschrift für Sozialökonomie 24.Jg./75. Folge Dez. 1987 S. 3ff.). In dem zweiteiligen Dramenstoff sei, ausgehend von der inflationistischen Papiergeldschöpfung, der Zinswirtschaft, der Technokratie, bis zur Vision einer gänzlich monetarisierten Wirtschaft im Zeichen der Globalisierung, der verhängnisvolle Weg der ökonomischen Moderne nach- bzw. vorausgezeichnet.

Neben der literarischen Betrachtung folgt nun eine philosophische Fokussierung der monetären Entwicklungsmechanismen, und zwar an Hand ausgewählter Werke Friedrich Hegels. Ausgehend vom Begriff des "schlechten Unendlichen" skizziert der Autor Hegels fundamentale Kritik an den sich damals erst zaghaft abzeichnenden, heute aber so offensichtlichen Fehlstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft. Damit verschafft Racek der Leserschaft einen Einblick in die beeindruckende Weitsicht dieses Philosophen. Hegel konnte demzufolge schlüssig nachweisen, dass die Ökonomisierung der Welt in eine Totalität führt, die, ungeachtet eines begrenzten Weltganzen, ständig weiter voranschreitet, alles und jeden in einer ungestillten Maßlosigkeit aufzehrend, um dennoch niemals die angestrebten Ziele zu erreichen. Wesentliches Antriebsmoment auch dabei: die Geldherrschaft. Von Hegels Erkenntnis eines "undurchführbaren Progresses ins Unendliche" erfolgt der Brückenschlag zur Mammonismusverdammung in den biblischen Offenbarungsschriften, womit sich eine weitere Sichtweise auf die Problematik eröffnet. Namentlich die so genannte "Johannes-Apokalypse" sei, so stellt es der Autor dar, neben vielen anderen Textstellen des Alten und Neuen Testaments, eine eindringliche Warnung vor dem Totalitarismus in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, welcher insbesondere in der Kritik am "Götzendienst" zu einer metaphorischen Darstellung gelangt.

Um eine Antwort auf die wahrhaft philosophische Frage, was denn nun Geld eigentlich sei, finden zu können, führt Alfred Racek im zweiten Teil seines Buches auf eine geldgeschichtliche Zeitreise. Dabei wird deutlich herausgearbeitet, dass es, seit Geldmedien existieren, zwei gänzlich unterschiedliche Auffassungen vom Zweck des Geldes gab und gibt. Auf der einen Seite steht das System einer "geldgebrauchenden Versorgungswirtschaft", deren Bestimmung in einem überschaubaren, d.h. begrenzten Gebrauch und Verbrauch von Gütern liegt, wobei Geld als Tauschvermittler fungiert. Diesem tritt eine "geldbestimmte Erwerbswirtschaft" gegenüber, die z.B. von Aristoteles und anderen Denkern als end- bzw. selbstzweckorientiertes Streben nach Gelderwerb und Geldvermehrung entlarvt wurde. Unbegrenzte Lebenslust und die damit beförderte Vorstellung nach endloser Vermehrbarkeit sind unter anderem in der exponentiellen Wachstumsdynamik des Zinses verdeutlicht. Racek gelingt es in dem Zusammenhang, das Wesen und die Ursachen des Zinsmechanismus ausführlich und anschaulich darzulegen. Gleichzeitig rechnet er unter Zuhilfenahme geldphilosophischer Denkmuster, die auch einer fachökonomischen Überprüfung standhalten, mit allen zinsrechtfertigenden Theoremen, insbesondere auch der Quantitätstheorie ab. Mit dem mittelalterlichen Brakteatensystem, Goethes Einsichten in die Abläufe der Papiergeldschöpfung, der Hegel'schen "Logik" des Geld-Sein-Schein-Wesens, Karl Marx' Kapitalisierungsthese und schließlich Silvio Gesells "Angelwurf" gegen den Zins werden Wege jenseits der Zinswirtschaft und eines bloßen Zinsverbotes dargestellt.

Kritisch sieht der Autor das marxistische Theorem, welches zwar "die innere Logik des Kapitalismus zukunftsweisend" erkennt, jedoch bei der Zinsanalyse wegen der Fixierung auf die Arbeitswertlehre und der Ausblendung einer möglichen Mehrwertentstehung in der Zirkulationssphäre versagt habe. Gesells "Urzins"-Erkenntnis wird hingegen gewürdigt, in der Leistung zur Darstellung des Systemganzen aber als zu kurz greifend bemängelt.

Aus philosophischer Sicht lobt Racek John Maynard Keynes' Theoriebeitrag für ein Modell

einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Revolutionär seien Keynes' Erkenntnisse auch deshalb, weil er die aristotelische Differenzierung und Bewertung hinsichtlich eines "lebensökonomisch dienenden, zinslosen Geldes und eines selbstzwecklichen, zinstragenden Geldes" ins 20. Jahrhundert geführt habe ("Aristoteles hätte eine helle geldphilosophische Freude zu sehen, wie richtig und fruchtbar sich seine Ursachenlehre bei Keynes erweist! Hegel nicht minder!" S. 151). Der Autor plädiert daher, Keynes' "sozialphilosophisches Vermächtnis", das in der Forderung nach Neutralisierung des geldlichen Liquiditätsvorteils kulminiert, in einer zukünftigen Reformökonomie wirksam werden zu lassen.

Das Bestreben, den Geldbegriff zu erfassen, erfährt im 3. Teil des Buches eine Fortsetzung. Dabei wird unter dem Blickwinkel einer "Wesenslogik" eine Annäherung an die Gebrauchs- und Funktionsarten des Geldes versucht, wobei die dabei auftretenden Widersprüchlichkeiten, insbesondere aber die verheerende Wirkung des "schlechten Unendlichen", also des Zinses, in der gegenwärtigen Situation zur Sprache kommen. Das Geldwesen legt der Autor schließlich auf die Dualität eines "herrschenden" (vermögensbildenden, zinsbelasteten) und "dienenden" (tauschvermittelnden, mehrwertfreien) Geldes fest, welche in zwei gänzlich verschiedenen Wirtschaftsformen sichtbar wird.

Im 4. Teil der "Befreiungsphilosophie" bringt Alfred Racek nun alternative Geldsysteme zur Darstellung, die der dienenden Funktion des Geldes verpflichtet sind. Diese werden nach ihren Verfahrensweisen genau differenziert und bewertet. Der Autor kommt dabei zu dem Schluss, dass alle genannten Alternativmodelle in ihren Entfaltungsmöglichkeiten begrenzt sind und sich – das eine mehr, das andere weniger – auf andere Alternativen stützen bzw. in irgendeiner Form auf das etablierte Geldsystem zurückgreifen müssen.

Den dargelegten geldphilosophischen Ansprüchen entspricht nach Racek ein zirkulationsgesichertes Kreditgeldwesen, das die herkömmliche Liquiditätsprämie für Geld (Keynes) durch gleich hohe "Durchhaltekosten" neutralisiert. Ein solches statt der Verzinsung mit Liquiditäts-

kosten ausgestattetes "Neutralgeld" repräsentiert, davon ist der Autor überzeugt, eine stabile Währung und weist den Weg zu nachhaltigem Wirtschaften. Um dem Neutralgeld zu einer globalen Referenzwährung zu verhelfen, verweist Racek auf die "Terra-Recheneinheiten" von Bernard Lietaer ("Das Geld der Zukunft" S. 376f.). Schließlich lotet der Autor die Bedingungen einer möglichen Anwendung des Neutralgeldmodells auf eine "neutrale Kredit-Ökonomie" aus und rundet damit seine "Befreiungsphilosophie" ab.

Die große Leistung dieser Arbeit besteht in dem Bestreben, den in die Problematik des Geldes noch nicht so eingeweihten Lesern diese in ihrer ganzen Vielfalt zu erschließen. Darüber hinaus eröffnet das Buch vor allem einen fundamentalphilosophischen Zugang zur angesprochenen Thematik. Wesentlich ist dabei, dass z.B. mit Hegels sozioökonomischen Analysen gedankliche Anknüpfungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, die bisher in der geldreformrischen Szene kaum oder gar keine Beachtung fanden. Obwohl auch die "nichtmonetäre Liquidität" wie z.B. Grund und Boden in einem Teilkapitel Erwähnung findet, bleibt diese Problematik nur ein Randthema. Vielleicht könnte dies dem Autor als Anregung dienen, ähnlich fundiert wie beim Geld, auch eine "Befreiungsphilosophie des Bodens" zu versuchen. Diese täte umso mehr Not, als die Bodenproblematik zunehmend aus dem Blickfeld der Reformperspektiven zu entschwinden scheint.

Christof Karner

WEITERE LITERATUREMPFEHLUNGEN

Peter Wahl, Peter Waldow **Devisenumsatzsteuer – Ein Konzept mit Zukunft**

Bonn: WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, 2001. 16 S.
Telefonische Bestellung: 0228 – 766 130.
E-Mail: weed@weedbonn.org | Internet: www.weedbonn.org

Paul Bernd Spahn
The Tobin-Tax and Exchange Rate Stability
in: Finance and Development, June 1996, S. 24-27. Deutsche, französische, spanische, chinesische und arabische Übersetzungen gibt

es als pdf-Datei auf der Homepage: www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/aktuell.htm

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bereitet derzeit die Herausgabe einer Broschüre mit der deutschen Fassung von Bernd Paul Spahns Studie über die Tobin-Tax vor. Informationen dazu gibt es auf der Homepage: www.bmz.de

**Veronika Bennholdt-Thomsen, Nicholas Faraclas,
Claudia von Werlhof**
**There is an Alternative – Subsistence and
Worldwide Resistance to Corporate
Globalization**

London, New York, Melbourne: Zed Books Ltd., 2001. 240 Seiten.
ISBN: 1-84277-006-3

Alexandre Lamfalussy
**Financial Crisis in Emerging Markets –
An Essay on Financial Globalization and
Fragility**

New Haven & London: Yale University Press, 2000. 199 Seiten.

Rudolf Hickel und Frank Strickstroch (Hg.)
Brauchen wir eine andere Wirtschaft?

Reinbek bei Hamburg: Rowohlt aktuell, 2001. 254 Seiten.

**Christine Buchholz, Anne Karras,
Oliver Nachtweg und Ingo Schmidt (Hg.)**
**Unsere Welt ist keine Ware – Handbuch
für Globalisierungskritiker**

Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2002.

Jens Martens und Roland Hain
**Globale Öffentliche Güter – Zukunfts-
konzept für die internationale
Zusammenarbeit?**

Bonn und Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung und WEED, 2002. 40 S.
Während des UN-Gipfels in Johannesburg wurde auf Initiative der Regierungen Schwedens und Frankreichs eine internationale "Task Force" eingerichtet, die sich mit globalen öffentlichen Gütern beschäftigen soll. Um auch in Deutschland eine Diskussion über den gegenwärtigen Trend zur Privatisierung öffentlicher Güter wie zum Beispiel dem Wasser zu fördern, hat WEED zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung dieses Arbeitspapier herausgegeben. (www.weedbonn.org) Hier entsteht ein Diskussionszusammenhang, in dem sich auch über den Boden und das Geld als globale öffentliche Güter nachdenken ließe. *Red.*

Fair Trade – Verein zur Förderung von Gerechtigkeit
im Welthandel (Hrsg.)

**Im Zeichen der Nachhaltigkeit – Produkte,
Firmen und Organisationen – Handeln im
Agenda 21-Prozess** – Wuppertal 2000. 132 Seiten.
E-Mail: info@fairtrade.de | internet: www.fairtrade.de

VERANSTALTUNGEN

Der Bildungsgutschein – Ein Schritt zu pädagogischer Freiheit und Vielfalt

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 5. und 6. Oktober 2002 in der Tagungsstätte des Seminars in Boll mit Beiträgen von Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz und Dietmar Schöning.

Der Föderalismus – reformbedürftig in Deutschland und Europa

Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung am 16. und 17. November 2002 in der Tagungsstätte des Seminars in Boll mit Beiträgen von Dr. Claus Clostermeyer und Olaf Bentlage.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars

Badstr, 35, 73087 Boll

Tel.: 07164 – 3573 / Fax: 07164 – 7034

E-Mail: info@sffo.de / Internet: www.sffo.de

Konzeptionelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung

Arbeitstagung im Rahmen der Fortbildungsreihe "Individualität und soziale Verantwortung" vom 11. – 13. Oktober 2002 in der Universität Trier mit Beiträgen von Udo Hermannstorfer, Prof. Dr. Harald Spehl, Dr. Christoph Strawe und Prof. Dr. Wolfgang Filc.

Nähere Auskünfte:

www.sozialimpulse.de/fortbild.htm

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Dipl.-Kfm. Thomas Betz

Paul-Lincke-Ufer 4, D - 10999 Berlin

Dipl.-Pol. Christian Böttcher

Baroper Str. 446, D - 44227 Dortmund

Ulrike Heike Müller

Diedenhofer Str. 11, D - 10405 Berlin

Dr. Christof Karner

Felix-Iribauer-Str. 7/8, A - 3200 Obergrafendorf

Dr. Christoph Strawe

c/o Institut für soziale Gegenwartsfragen
Haußmannstr. 44a, D - 70188 Stuttgart

Dipl.-Soz.-Päd. Wera Wendnagel

Max-Bock-Str. 55, D - 60320 Frankfurt/M.